

**[Transcript] Lage der Nation - der Politik-Podcast aus Berlin / LdN353 Polen wählt Demokraten, steigende Spannungen steigt Israel, Verbot pro-palästinensischer Demos, Kabinett beschleunigt Verkehrswende, Arbeitsmarktzugang für Geflüchtete**

Herzlich Willkommen zur Lage der Nation, Ausgabe Nummer 353 als Lage live aus Frankfurt am Main.

Herzlich Willkommen, Frankfurt am Main.

Vielen herzlichen Dank, die größte Lage live ever in Frankfurt am Main.

1900 Leute.

Mein Name ist Philipp Banzer.

Ich bin Ulf Burmaier und wir machen seit über sieben Jahren zusammen den Podcast Lage der Nation,

wo wir die politischen Ereignisse in Deutschland und der Welt zusammenkehren und analysieren, soweit sie uns interessieren und wie sie federale Levant halten.

Jetzt mal live heute in Frankfurt.

Wie immer ein volles Bett, ich würde sagen, dann steigen wir gleich ein.

Mit nur ein paar Klicks die eigene Klimaschutzbilanz deutlich verbessern und dauerhaft die Energiewende anschieben, das geht.

Ganz einfach mit einem Wechsel zu echtem Ökostrom von Naturstrom.

Im Gegensatz zu vielen anderen vorgeblichen Ökostromanbietern gibt es im Naturstrom die grüne Energie direkt bei Wind- und Solaranlagen sowie Wasserkraftwerken in Deutschland.

Kein versteckter Kohlestrom, keine Börsengeschäfte, kein Schmuck.

Und außerdem ist im Naturstromtarif ein fester Förderbetrag für erneuerbare Energieanlagen enthalten.

Mit jeder Kilowattstunde, die ihr verbraucht, fließt also zusätzliches Geld in die Energiewende. Außerdem bekommt ihr gerade als Neukunden und Neukunden auch noch einen Startguthaben von 50 Euro.

Unter naturstrom.de-lage könnt ihr jetzt ganz einfach wechseln und schon mal euren ganz persönlichen Kohleausstieg feiern.

Also jetzt gleich unter naturstrom.de-lage wechseln, Startguthaben sichern und mitmachen beim Klimaschutz.

Zumal wir in dieser Woche gleich für den Anfang für euch eine erfreuliche Nachricht haben.

Eine Nachricht, nämlich die in ganz Europa mit freudiger Überraschung aufgenommen wurde.

Polen hat gewählt und hat sich nach acht Jahren wieder für die liberale Demokratie entschieden.

Ja, also Polen, da hat ja seit 2015, glaube ich, die PiS regiert und man konnte so wie andere bekommen.

Polen bewegt sich so ein bisschen Richtung Ungarn, also zumindest politisch.

Und sie hat jetzt aber keine Mehrheit mehr.

Sie hatte eine satte Mehrheit, jetzt hat sie keine Mehrheit mehr und ein Parteienbündnis aus drei Parteienbündnissen hat diese Wahl gewonnen.

Und angeführt wird dieses Bündnis von Donald Tusk, der war schon mal Regierungschef in Polen, war dann Ratspräsident in der EU und wird jetzt, wenn alles rundläufig mal sagen, neuer Chef der Regierung in Polen.

Ja, genau. Und Donald Tusk ist eben einfach ein sehr erfahrener Politiker, ein Mann auch mit besten Kontakten in der Europäischen Union, einfach durch seine Arbeit auf der

## **[Transcript] Lage der Nation - der Politik-Podcast aus Berlin / LdN353 Polen wählt Demokraten, steigende Spannungen steigt Israel, Verbot pro-palästinensischer Demos, Kabinett beschleunigt Verkehrswende, Arbeitsmarktzugang für Geflüchtete**

europäischen Bühne.

Und er hat auch sehr gute Kontakte nach Berlin.

Das heißt also auch für uns in Deutschland ist das mit Sicherheit eine gute Nachricht, wenn jetzt Donald Tusk dort wieder ans Ruder kommt.

Denn wie soll ich sagen, das deutsch-polnische Verhältnis war in den letzten Jahren jetzt auch nicht nur von guten Nachrichten,

nicht nur von Wohlgefallen geprägt und das könnte sich jetzt wieder ändern.

Das könnte sich wieder ändern und dementsprechend groß war die Erleichterung so unter allen Europafreunden

und Leuten, denen an deutsch-polnischen Verhältnissen irgendwas gelegen ist.

Und das sagt auch Professor Dr. Peter Oliver Löw, der ist Direktor des Deutschen Polen Instituts und den haben wir gefragt, sind Sie auch erleichtert und er sagt auf jeden Fall.

Da wird sich nun in Zukunft die Tunadität doch deutlich ändern.

Man wird wieder sachorientiert mit einer der Reden können.

Es wird möglich sein, über Zukunftsprojekte zu sprechen.

Und man muss sich nicht immer mit einer doch sehr populistischen und sehr auf krawall gebrüsteten Rhetorik auseinandersetzen.

Ja, denn in Polen muss man sagen, war die Demokratie in den letzten Jahren schon so ein bisschen unter die Räder gekommen,

Philipp, du hast es gesagt, Polen hatte sich quasi politisch auf den Weg nach Ungarn gemacht und das bekannteste Symptom dieser, ich sag mal, Degeneration der Demokratie in Polen war die Justizreform.

Da wurden ja Gerichte systematisch auf Parteilinie der PiS gebracht, allen voran das polnische Verfassungsgericht.

Und damit hat die PiS im Ergebnis, muss man schon so deutlich sagen, de facto versucht, die Gewaltenteilung abzuschaffen.

Und das ist ja immer so einer der entscheidenden Schritte von der Demokratie, von der liberalen Demokratie mit einer Gewaltenteilung hin zur Autokratie.

Da gibt es vielleicht noch Wahlen, aber die bewirken im Prinzip nicht mehr.

Und diese Justizreform war ja auch der entscheidende Grund, warum die EU ihre Rechtsstaatsmechanismus scharfgeschaltet hat

und de facto plimaldauer 100 Milliarden Euro, die Polen eigentlich bekommen, hätte eingeforen hat.

Und außerdem hat die PiS extrem, das war mir vorher auch nicht so richtig klar, auf die ganzen, gesamten Institutionen der Gesellschaft eigentlich abgesehen.

Also das war eben nicht nur die Justizreform, sondern die haben öffentliche Medien, Museen, Theater, Zeitungen mit ihren Leuten besetzt.

Und am Ende jetzt im Wahlkampf war das besonders bizarr.

Da waren die Preise an den polnischen Tankstellen deutlich billiger, und zwar nicht nur billiger, als sie irgendwie in Deutschland sind.

Sondern richtig substanziell billiger, auch 30 Cent billiger als andere polnische Tankstellen.

Warum der Chef dieses Benzin-Petrol-Konzerns war ein PiS-Mann und wollte für gute Stimmung für die PiS sauren?

**[Transcript] Lage der Nation - der Politik-Podcast aus Berlin / LdN353 Polen wählt Demokraten, steigende Spannungen steigt Israel, Verbot pro-palästinensischer Demos, Kabinett beschleunigt Verkehrswende, Arbeitsmarktzugang für Geflüchtete**

Ja, muss man sich mal überlegen. Also die haben tatsächlich da Benzin deutlich unter dem Einstandspreis verkauft, also nicht alle Tankstellen, sondern die Tankstellen eben von diesem Staatskonzern Orlen, warum um Stimmung im Wahlkampf zu machen.

Also das zeigt so das Ausmaß. Die PiS hat im Wahlkampf übrigens auch natürlich auf klassische Mittel der Demagogie gesetzt.

Die hat im Wahlkampf viel Hass und Angst geschürt, vor allem Deutschland und die Europäische Union,

vor allem dargestellt als eine Bedrohung des Polentums, als eine Gefahr für die polnische Nation. Und da war leider eben auch eine ganze Menge an Hetze gegen Deutschland dabei.

Gerade Donald Tusk, eben als Aushängeschild der Opposition, wurde im Wahlkampf so als Marionette von Brüssel und Berlin diffamiert.

Da hat man zum Beispiel aus einer Rede, die Donald Tusk oder einer kurzen Ansprache, die einmal auf Deutsch gehalten hat,

hat man diesen ganz kurzen Ausschnitt rausgeschnitten, diese zwei Sekunden, wo er sagt, für Deutschland.

Also er wird es so das Ende dieser Rede. Da sagte er, ich wünsche irgendwie alles Gute für Deutschland.

Und diesen Schnipsel für Deutschland haben sie rausgeschnitten und haben den dann tausendfach in irgendwelchen polnischen Medien gespielt,

so als wäre Donald Tusk im Grunde nur eine Marionette.

Und so ein bisschen so ein Symbolbild, was ja auch rumgegangen ist, ist dieser Moment, als Jaroslaw Kaczynski der Parteichef der PiS wählen wollte, also seinen Kreuz abgeben wollte und dann im Sammel-Wahl-Lokal eben natürlich ein Riesenschlange war.

Wahlbeteiligung war groß, über 75 Prozent.

Und er wollte halt mit seinen Bodyguards an den Schlangen vorbei in die Wahlkabine gehen und die Leute waren nur so hinten anstehend.

Und das war kein Spucken, kein Schrein, kein Beschimpfen, kein Krawall.

Die haben einfach gesagt...

Kollege, das ist die Schlange.

Und Kaczynski so bedröppelt hat sich hinten angestellt.

Vorher hatten ja viele damit gerechnet, dass die so in den Trump-Modus schalten könnten.

Wenn sie die Wahl verlieren und dann mit allen Tricks versuchen,

doch an der Macht zu bleiben, sich doch irgendwie sitze, in das same zu besorgen.

Und das ist nicht passiert bisher.

Stand jetzt, muss man sagen, sie haben das erstaunlich ruhig und fair akzeptiert.

Ihre Wahlniederlage und Peter Oliver Löw vom Deutschen Polen-Institut,

der sagt eben, na, das liegt eben wahrscheinlich daran,

dass das Ergebnis doch so relativ deutlich war,

dass selbst mit Tricks der PiS klar war, würden sie keine Mehrheit mehr zusammenbekommen.

Aber sie hat vorgesorgt, sie hat sich ja eine Struktur geschaffen,

in Form von zahlreichen Institutionen, Stiftungen, Medien,

**[Transcript] Lage der Nation - der Politik-Podcast aus Berlin / LdN353 Polen wählt Demokraten, steigende Spannungen steigt Israel, Verbot pro-palästinensischer Demos, Kabinett beschleunigt Verkehrswende, Arbeitsmarktzugang für Geflüchtete**

die in den letzten Jahren von der PiS, von der Regierung gesponsort worden sind.

Die bilden ein gewisses Rückfallbecken für all diejenigen, die nun ihre Ämter und Fründe verlieren werden.

Möglicherweise rechte man damit, dass man auf dieser Grundlage dann in den nächsten Jahren bereits wieder die Mission Rückkauberung der Macht in Angriff nehmen kann. Und es geht ja schon im nächsten Jahr los mit den Kommunalwahlen und dann bald darauf mit den Europawahlen.

Ja, und für diese Rückkauberung muss man sagen, hat die PiS eben in der polnischen Gesellschaft, in den vielfältigen Institutionen des Landes, auch in den Medien, inzwischen einfach eine sehr starke Position.

Wir haben es eben dargestellt, wie die Institutionen da systematisch auf Linie gebracht wurden und um dann also wirklich wieder einen Übergang zu schaffen,

zu einer liberalen polnischen Demokratie, muss das Land jetzt im Prinzip mindestens zwei große Schritte machen und darf dabei nicht stolpern, Philipp, und der erste Schritt, der betrifft jetzt quasi so diese politische Machtübergabe.

Da ist eine der zentralen Figuren, Andrzej Duda, der polnische Präsidentin.

Richtig, der muss nämlich jetzt quasi den Auftrag zur Regierungsbildung verteilen.

Dafür hat er einige Tage Zeit und Duda ist PiS Mitglied

und gilt so als, so ein Sportwort, der Kugelschreiber, der PiS bisher.

Und deswegen sind alle ganz gespannt, was er jetzt wohl tun wird.

Und er hat doch einige Möglichkeiten, den Willen der Willenden zu blockieren.

Er hat jetzt 30 Tage Zeit, um den Auftrag zu verteilen,

an eine Fraktion zur Regierungsbildung.

Und üblicherweise wäre das halt die Fraktion mit den meisten Sitzen, also die PiS.

Ja, das muss man sehen. Die PiS hat immer noch die größte Fraktion,

aber sie hat eben nur knapp über 30 Prozent, ich glaube 34 Prozent der Stimmen bekommen.

Das heißt, sie hat keine absolute Mehrheit.

Aber sie ist schon noch die stärkste Fraktion.

Insofern könnte jetzt Andrzej Duda tatsächlich argumentieren, die PiS hat jetzt erstmal den Hut auf.

Richtig, das ist aber insofern ein bisschen unpraktikabel,

weil sie keine Chance hat, irgendwie die Mehrheit zu kriegen.

Es gibt keine Partei, kein Bündnis, das mit der PiS koalieren will, um die Mehrheit der Sitze zu bekommen.

Das ist nicht in Aussicht unüblich, aber doch konstruktiver wäre es

eben der zweitgrößten Fraktion diesen Parteienbündnis, um Donald Tusk und Co.

den Auftrag zu geben, weil die drei Parteienbündnisse haben gesagt,

wir machen das, wir wollen auf jeden Fall koalieren,

wir hätten auf jeden Fall eine Regierung zusammen.

Das wäre also konstruktiv, auch weil es den unüblich.

Wenn ja jetzt doch der PiS den Auftrag gibt,

dann würde die zwar erstmal keine Mehrheit zusammenkriegen,

**[Transcript] Lage der Nation - der Politik-Podcast aus Berlin / LdN353 Polen wählt Demokraten, steigende Spannungen steigt Israel, Verbot pro-palästinensischer Demos, Kabinett beschleunigt Verkehrswende, Arbeitsmarktzugang für Geflüchtete**

würde aber bis auf weiteres Geschäftsführend im Amt bleiben.

Genau, das ist das Problem.

In Deutschland wäre das ja nicht so einfach möglich, aber in Polen ist es eben so, dass diese Regierung, die dann erstmal gebildet werden kann, tatsächlich Geschäftsführend im Amt bleibt, wer sich für die verfassungsrechtlichen Details erinnert.

Da gibt es einen sehr guten Artikel auf dem Verfassungsblock.

Das sparen wir euch jetzt mal, aber jedenfalls ist so die Bottom Line der erste Schritt, also wirklich Machtübergabe, Bildung einer Regierung getragen von den oppositions-, bisherigen Oppositionsfraktionen, ist also alles andere als eine Selbstverständlichkeit, da muss der Präsident noch mitwirken.

Und selbst wenn das dann jetzt so klappt, dann bleibt noch der große Schritt zwei, diese von uns eben schon beschriebene Gleichschaltung der polnischen Gesellschaft.

Also diese Übernahme aller Institutionen durch die PiS müsste revidiert werden.

Ja, also um wieder auf einen Weg zu einer wirklich pluralen Demokratie zu kommen, wo eben in diesen gesellschaftlichen Institutionen wirklich Parteien repräsentiert sind, verschiedene gesellschaftliche Gruppen auch repräsentiert sind, das reicht eben vom Verfassungsgericht über die Museen bis zu eben diesen Tankstellenkonzernen.

Und da sagt Peter Oliver Löw vom Deutschen Polen-Institut, das könnte ein langer Weg werden, diese Institutionen wieder zu demokratisieren, vor allen Dingen sei viel Kreativität erforderlich.

Er hat uns diese Sprache nicht irgendwie von der U-Bahn geschickt, deswegen beginnt hier etwas laut, erschreckt euch nicht.

Er sagt, um diese Institution zu redemokratisieren, da sei eben doch Kreativität erforderlich.

Im Bereich der öffentlich-rechtlichen Medien zum Beispiel, die von der PiS-Regierung zu Staatsmedien umfunktioniert worden sind, hat man gerade diskutiert, ob es nicht möglich sein könnte, diese Medien einfach in den Bankrott zu schicken.

Dadurch würden es möglich werden, einfach an neue öffentlich-rechtliche Medien zu gründen.

Und so könnte man die von PiS gefolgsleuten besetzten Rundfunkräte oder auch den Rat der nationale Medien, der quasi so eine Überstruktur bildet, umgehen.

**[Transcript] Lage der Nation - der Politik-Podcast aus Berlin / LdN353 Polen wählt Demokraten, steigende Spannungen steigt Israel, Verbot pro-palästinensischer Demos, Kabinett beschleunigt Verkehrswende, Arbeitsmarktzugang für Geflüchtete**

Ob das so realistisch ist  
und ob das auch so umgesetzt werden kann,  
werden die nächsten Wochen zeigen.  
Aber viel Kreativität wird gefragt sein,  
um hier rasch zu Ergebnissen gelangen zu können.  
Ich stelle mir vor uns an,  
öffentlich-rechtlichen Rundfunk Bankrott gehen zu lassen.  
Einmal mal dichtmachen im Falle, weil er so autoritär infiziert ist,  
wäre schon ein massiver Schritt.  
Also die EU könnte diesen Prozess etwas beschleunigen,  
indem sie halt diese 100 Milliarden doch ein bisschen eher freigeben.  
Also nicht die ganze Rückabwicklung dieser Justizreform abwarten,  
sondern sagen, okay, wir sehen ihr seid guten Willens.  
Also geben wir doch zumindest mal einen Teil dieser ganzen Milliarden frei,  
das wäre so ein Weg, um diesen Prozess zu unterstützen.  
Da könnte Brüssel quasi einzelne Schritte in die richtige Richtung schon beladen.  
Und damit hätte dann die hoffentlich neue Regierung  
einfach finanzielle Spielräume um die Bevölkerung mitzunehmen auf diesem Weg.  
Auch wenn die Justiz vielleicht noch nicht so ganz unabhängig ist.  
Was man jedenfalls, glaube ich, zusammenfassend sagen kann,  
Philipp ist trotz dieser Hürden, vor denen das Land,  
vor denen die bisherige Opposition jetzt steht,  
ist das ein riesiger Schritt für Polen,  
dass jedenfalls im Parlament Demokratinnen und Demokraten  
jetzt wieder die Mehrheit haben.  
Das zeigt eben auch, Demokratinnen können sich durchaus wehren,  
wenn sie wählen.  
Wenn sie wählen gehen, aber es ist eben auch zu sehen,  
wie schwer es ist, wieder Gegenruder zu geben,  
wenn das Ding aus dem Ruder gelaufen ist.  
Das ist dann nicht einfach mit einer Wahl getan  
und alles wieder frei vorher.  
Wir sind es in NUNUSA zum Teil auch, aber in Polen eben auch.  
Und das ist, finde ich, auch ein Mahnzeichen,  
dass man aufpassen muss.  
Absolut. Also so eine liberale rechtstaatliche Demokratie,  
wenn die einmal beschädigt ist,  
dann fällt es doch sehr schwer, wieder die Institutionen aufzubauen.  
Das liegt einfach daran, dass eine funktionierende Demokratie  
so viel mehr ist, als einfach nur verfassungsrechtliche Spielregeln.  
Also eine Verfassung kann man relativ schnell reparieren.  
In diesem Fall ist das noch nicht mal nötig,

**[Transcript] Lage der Nation - der Politik-Podcast aus Berlin / LdN353 Polen wählt Demokraten, steigende Spannungen steigt Israel, Verbot pro-palästinensischer Demos, Kabinett beschleunigt Verkehrswende, Arbeitsmarktzugang für Geflüchtete**

aber es ist ja auch so, dass die Institutionen in der Fassung, soweit ich das mitbekommen habe, gar nicht so grundlegend geändert worden ist, aber die Institutionen im Land sind eben auf den Kopf gestellt worden. Und das dauert lange.

Und ich glaube, so eine demokratische Kultur wieder zu entwickeln, dass einfach zum Beispiel das überhaupt nicht okay ist, wenn man Medien gleich schaltet.

Das wird sicherlich einige Jahre dauern.

Insofern finde ich die Idee charmant, wenn die EU-Kommission tatsächlich auch versucht, der finanzielle Unterstützung zu geben.

Das heißt, dass die EU-Kommission tatsächlich der Krieg in Israel im Gasastreifen und die Lage ist ernst.

Die Spannung nebensüchtig, da kann man, glaube ich, nicht anders sagen.

So einen kurzen Überblick.

Ich meine, ihr habt das ja auch alle mitbekommen.

Die Hamas schießt weiter.

Raketen auf Israel.

Israel fliegt weiter.

Luftangriffe auf den Gasastreifen.

Die Hamas sagt, 2.500 Menschen sind umgekommen und verletzt worden.

Aber wie gesagt, das Hamas muss man vorsichtig genießen, kann man schwer überprüfen.

Es gibt zaghafte Versuche für Hilfslieferungen über Ägypten.

Die sind extrem wichtig,

weil der Gasastreifen zurzeit ja von Israel abgeriegelt ist.

Insbesondere Wasserstrom und so weiter.

Jetzt haben sie im Süden wohl wieder das Wasser freigeschaltet

und den Strom aber jedenfalls im Grundsatz ist

dieser Landstrich völlig isoliert

und da droht eine humanitäre Katastrophe.

Deswegen ist das so zentral,

dass jetzt tatsächlich Hilfslieferungen ins Land kommen.

Die Ägypten hat sich lange gestorbt.

Morgens soll es losgehen.

In dieser Woche gab es noch ein interessantes Ereignis.

Aber auch so ein Medienereignis.

Am Dienstag herrschte große Aufregung zunächst mal um eine Rakete, die angeblich in einem Krankenhaus eingeschlagen ist.

**[Transcript] Lage der Nation - der Politik-Podcast aus Berlin / LdN353 Polen wählt Demokraten, steigende Spannungen steigt Israel, Verbot pro-palästinensischer Demos, Kabinett beschleunigt Verkehrswende, Arbeitsmarktzugang für Geflüchtete**

Da ist vieles noch unklar.

Was man weiß, ist,  
sie ist in einem Krankenhaus komplex eingeschlagen,  
allerdings nicht in das Gebäude,  
sondern auf einem Parkplatz,  
in dem sie in einem Krankenhaus eingeschlagen haben,  
wie viel unklar, wie viel da ums Leben gekommen sind,  
auch unklar, wer es war, der diese Rakete abgeschossen hat,  
ist auch nicht geklärt.

Die Hamas sagt, das sei eine israelische Rakete.

Die ADF, also die Israeli Defense Forces,  
also die Israelische Armee sagt,  
das war eine palästinensische Rakete von islamischen Jihad.  
Ich würde sagen, die Indizien, die wir bisher haben,  
deuten eher in diese Richtung.

Aber wenn man in den Urheber,  
auch wie viele Menschen dort getötet wurden, wissen wir nicht.

Die Hamas sagt, oder die Gesundheitsbehörde im Gaza,  
die von der Hamas gesteuert wurden, sagt 400, 500 Leute.  
Aber es gibt durchaus Zweifel an dieser Zahl.

Was man jedenfalls sagen kann,  
ist, dass die Botschaften,  
die zunächst mal von der Hamas in die Welt gesetzt wurden,  
eben auch in Deutschland vielfach geteilt wurden.

Da gab es wiederum auf Twitter, auf Blue Sky,  
und da gab es auch noch die  
Medi-Deals-Tränen von Menschen, die gesagt haben,  
tut mir total leid.

Ich habe hier Nachrichten geteilt, die ich nicht richtig gecheckt hatte.

Also da kann man jedenfalls sagen, Hamas kann auch Propaganda.

Die können also nicht nur Mordanschläge,  
sondern die verstehen inzwischen auch die Manipulation  
der öffentlichen Meinung über soziale Medien.

Der große Elefant, der jetzt im Raum steht, ist halt die Frage,  
wird es an den Bodenoffensive der Israelis geben, ja oder nein?

Und wann fängt die an und wie wird die aussehen?

In den Süden abzuziehen oder sich zu evakuieren?

Ja, da gibt es irgendwie so einen, sagen wir mal,  
so einen Sumpf, der den Gazan-Streifen so grob,  
zwei Hälften teilt.

Und im Süden gibt es jetzt eben auch wieder Wasser.

Das heißt also, es gibt quasi einen Anreiz für die Menschen,

**[Transcript] Lage der Nation - der Politik-Podcast aus Berlin / LdN353 Polen wählt Demokraten, steigende Spannungen steigt Israel, Verbot pro-palästinensischer Demos, Kabinett beschleunigt Verkehrswende, Arbeitsmarktzugang für Geflüchtete**

nach Süden zu wandern.

Das Problem ist bloß, der Süden ist ohnehin schon überfüllt.

Da wird jetzt noch eine weitere Million Refugees aufzunehmen, wird schwierig.

Und dann muss man sehen, die Hamas, die setzen weiterhin auf diese Strategie der menschlichen Schutzschilde.

Deswegen versuchen sie Menschen aus dem Norden aufzuhalten und zurückzuschicken, damit sie eben nicht in den Süden fliehen können.

Was für eine zynische Politik.

Und die Furcht der Palästinenser ist, dass das Ende des Gazan-Streifens sein könnte.

Also wenn die Leute aus dem Norden abziehen

und dann womöglich irgendwann Israel auch nochmal die Grenze aufmacht und sie dann auch aus dem Gazan-Streifen raus könnten, was viele sicherlich wollten.

Das ist ja Ägypten.

Was habe ich gesagt?

Ja, Israel.

Entschuldigung.

Wenn Ägypten die Grenze aufmacht und die Palästinenser eben dann fliehen könnten, dann bestünde halt die Möglichkeit, dass Israel tatsächlich den Gazan-Streifen besetzt und dann eben auch besetzt hält.

Es gibt keine Beweise oder Indizien dafür, dass Israel das will.

Aber wenn Ägypten die Grenze aufmachen würde

und die Palästinenser den Gazan-Streifen

zu zwei Millionen verlassen würden,

dann wäre es wahrscheinlicher, dass dieses Ereignis eintritt.

Also man kann jetzt noch nicht, um das mal auf den Punkt zu nehmen,

man kann jetzt also noch nicht davon sprechen,

dass Israel tatsächlich die Menschen aus dem Gazan-Streifen insgesamt vertreibe.

Das wäre zu weit, weil man eben nicht weiß,

ob das tatsächlich das Kalkül ist.

Diese Aufforderung aus dem Norden zu fliehen

lässt sich ja auch zwanglos erklären,

mit dem Bestreben in zwar einer zivile Opfer

bei der Offensive gegen die Hamas zu vermeiden.

Aber klar, wenn der Gazan-Streifen

tatsächlich jetzt verlassen würde,

dann wäre das das Ergebnis.

**[Transcript] Lage der Nation - der Politik-Podcast aus Berlin / LdN353 Polen wählt Demokraten, steigende Spannungen steigt Israel, Verbot pro-palästinensischer Demos, Kabinett beschleunigt Verkehrswende, Arbeitsmarktzugang für Geflüchtete**

Auch wenn Israel das vielleicht gar nicht intendiert hat.  
Aber wie gesagt, deswegen hält Ägypten die Grenze nach wie vor geschlossen.  
Zum einen natürlich das Problem nicht ins Land holen, zwei Millionen plus X Palästinenser innen zu versorgen.  
Und auf der anderen Seite will man, quasi aus islamischer Solidarität heraus, gerade nicht zulassen, dass Israel den Gazan-Streifen lehrt.  
Oder jedenfalls im Ergebnis.  
Wir haben gesagt, wir können die Intention nicht nachweisen, aber das ist jedenfalls im Ergebnis so läuft.  
Und das hat auch innenpolitische Gründe, denn in Ägypten gibt es ja so eine Art Militärdiktatur zur Zeit, die massiv zu kämpfen hat, mit einer islamistischen Opposition.  
Das heißt, die müssen wiederum sehr darauf achten, dass ihnen die eigenen Islamisten in Ägypten nicht zu gefährlich sind.  
Also es droht, das ist auch das andere Szenario, was immer noch am Horizont steht.  
Es droht halt einen Dreifrontenkrieg, vor allen Dingen auch, weil der Iran halt seine Finger im Spiel hat.  
Der Iran hat bisher keine Atombombe und er hat halt gedroht, die Hezbollah von alleine zu lassen.  
Also diese islamische Miliz, die im Libanon hausiert und 140.000, 150.000 Raketen hat, und das ist der Hebel, den der Iran hat, den er gegen Israel einsetzen kann.  
Iran hat keine Atombombe, aber wenn, das ist die Ankündigung, sagt der Iran, wenn Israel in die Bodenoffensive startet, dann würden sie eben Hezbollah sagen, schießt eure Raketen, und wenn dann Syrien auch noch eingrafft in den Krieg, dann hätte Israel ein Dreifrontenkrieg, der sicherlich die Existenz Israels schwer bedrohen würde.  
Also diese 150.000 Raketen aus dem Norden, die sollen tatsächlich extrem ernst zu nehmen sein, das können wir jetzt mangelt militär strategische Erkenntnisse nicht wirklich einschätzen aus eigener Anschauung, aber das lesen wir überall, das wäre tatsächlich wohl nicht ohne,

## **[Transcript] Lage der Nation - der Politik-Podcast aus Berlin / LdN353 Polen wählt Demokraten, steigende Spannungen steigt Israel, Verbot pro-palästinensischer Demos, Kabinett beschleunigt Verkehrswende, Arbeitsmarktzugang für Geflüchtete**

das wäre insbesondere auch deutlich mehr,  
als die Raketenabwehr so ohne Weiteres händeln könnte.  
Auf der anderen Seite muss man sehen, hat der Iran seinerseits  
auch durchaus einen Anreiz zum Abwarten,  
also einen Anreiz dazu nicht loszuschlagen,  
denn der Iran fürchtet ja seit Jahren,  
dass Israel Luftangriffe startet,  
um diese iranischen Atomfabriken lahmzulegen,  
denn wiederum aus israelischer Sicht  
ist ja die absolute Horrorvorstellung,  
dass der Iran, der Israel vernichten will,  
sich die Bombe besorgt.  
Deswegen denken die Iraner, irgendwann kommen die Israelis  
und zerbomben unsere Atomanlagen.  
Und auf der anderen Seite kann man dann natürlich sich überlegen,  
solange diese Drohung mit der Hisbollah noch aktuell ist,  
die Hisbollah also nicht zugeschlagen hat,  
könnte das wiederum die Israelis davon abhalten,  
im Iran zuzuschlagen.  
Also ihr seht schon, die Lage in diesen Nahen Osten  
ist einfach unfassbar verwochen.  
Und wenn nämlich auf der anderen Seite die Hisbollah losgeschlagen hätte  
und diese 150.000 Raketen aus dem Libanon zum Einsatz kommen,  
dann muss man sagen, dann wäre der Trumpf der Iraner  
quasi einmal ausgespielt und dann hätte Israel zugleich  
einen wirklich sehr guten Grund für massive Angriffe auf den Iran.  
Die moderne Medizin ermöglicht den Menschen oftmals ein längeres Leben.  
Das heißt jedoch nicht, dass man diese zusätzlich gewonnenen Jahre  
auch bei bester Gesundheit verbringt.  
In Westeuropa leben Menschen durchschnittlich 80 Jahre,  
allerdings davon nur etwa 65 in guter Gesundheit.  
Das Schweizer Unternehmen AVEA befasst sich genau damit,  
die Gesundheitsspanne eines Menschen positiv zu unterstützen.  
AVEA ist Vorreiter der Long-Jevity-Forschung  
und spezielle Long-Jevity-Subliments  
beugen nicht nur Mangelerscheinungen vor,  
sondern versorgen den Körper mit Wirkstoffen,  
die die Geschwindigkeit, mit der wir altern, verändern können.  
Diese Subliments sind speziell darauf ausgerechnet,  
die Gesundheitsspanne zu verlängern  
und das Auftreten altersbedingter Krankheiten zu reduzieren.  
Weitere Infos findet ihr auf [aveaminuslive.com](http://aveaminuslive.com).

**[Transcript] Lage der Nation - der Politik-Podcast aus Berlin / LdN353 Polen wählt Demokraten, steigende Spannungen steigt Israel, Verbot pro-palästinensischer Demos, Kabinett beschleunigt Verkehrswende, Arbeitsmarktzugang für Geflüchtete**

Mit dem Code Lage 15 bekommt ihr einmalig bei allen Erstbestellungen auf die Abos einen zusätzlichen Rabatt von 15%.

Und falls ihr nicht zufrieden seid,

AVEA bietet eine 90-Tage-Geld-Zurückgarantie.

Aktuell gibt es ja in Deutschland aber auch auf der ganzen Welt, aber vor allen Dingen auch in Deutschland diese Debatte darum, wie sollen wir eigentlich über diesen Krieg reden?

Welche Sprache sollen wir benutzen?

Wer soll welche Sprache benutzen?

Das gilt natürlich auch für uns.

Das haben wir uns auch überlegt, gehabt auch Feedback-Kritik auf sozialen Medien.

In beide Richtungen?

In beide Richtungen, wie wir über diesen Konflikt gesprochen haben.

Und wie gesagt, wir lesen das, nehmen das ernst und haben uns natürlich auch Gedanken gemacht.

Und wir fanden, dass die Vorstellung von verschiedenen persönlichen und öffentlichen Rollen, die sich auch in einer Person vereinen können, durchaus eine hilfreiche Vorstellung ist, um sich diesen Problem zu nähern.

Also, was meinen wir damit?

Ich habe in einer Person vereint verschiedene Rollen.

Ich bin Ehemann, Vater, ich bin hier öffentliche Typ, ich bin Journalist, ich bin aber auch privat Mensch und so.

Und in jeder dieser Rollen, die man manchmal mehrmals pro Stunde wechselt, gibt es andere Pflichten.

Andere Worte, die benutzt, andere Vokabular.

Und so ist das, glaube ich, auch mit öffentlichen Rollen.

Ja, also insbesondere Politikerinnen haben ganz andere Rollen als Journalistinnen oder Aktivisten.

Das muss man einfach so deutlich sagen.

Politikerinnen müssen gewählt werden.

Das heißt, sie haben automatisch eine gewisse Tendenz dazu, Dinge zu sagen, die die meisten Menschen für richtig halten.

Das ist auch völlig legitim.

Und deswegen ist es auch nachvollziehbar, dass zum Beispiel deutsche Politikerinnen sich demonstrativ an die Seite des Staats Israel stellen.

Jedenfalls solange sie wenigstens im Hintergrund für die Menschenrechte auch der Palästinenser argumentieren.

Ein schönes Beispiel dafür wäre der Bundeskanzler, der sich ja immer sehr deutlich äußert.

**[Transcript] Lage der Nation - der Politik-Podcast aus Berlin / LdN353 Polen wählt Demokraten, steigende Spannungen steigt Israel, Verbot pro-palästinensischer Demos, Kabinett beschleunigt Verkehrswende, Arbeitsmarktzugang für Geflüchtete**

Sehr deutlich pro israelisch.

Staatsresorg ist immer das Wort.

Und auch öffentlich sagen wir mal sehr zurückhalten, nur was sagt zu dem Thema Menschenrechte im Gaza-Streifen.

Auf der anderen Seite hat er nach Medienberichten maßgeblich auch auf die Führung in Cairo, also in Ägypten eingewirkt, um zu erreichen, dass jetzt humanitäre Hilfen hoffentlich bald in den Gaza-Streifen fahren können.

Also das finde ich, das wäre so dieses typische Beispiel für eine Politikerposition öffentlich.

Eine Rolle sozusagen.

Öffentlich eine Rolle ausschuldigen, aber dann hinten rum wenigstens auch für die Menschenrechte zu argumentieren.

Und was heißt eigentlich dieses Staatsresorg-Filb?

Das müssen wir, glaube ich, auch mal aufstellen müssen.

Als Staatsresorg bedeutet es immer umgangssprachlich, das ist das höchste Interesse des Staates, in diesem Fall Sicherheit, Existenz, Israels zu sichern und dafür einzustellen.

Wenn das so heißt, das ist die deutsche Staatsresorg-Filb, für die Sicherheit Israels einzutreten, dann heißt das eigentlich wörtlich übersetzt, es gibt kein höheres Interesse des deutschen Staates, als dafür zu sorgen, dass es Israel gut geht und es existieren kann. Das ist schon hochgehängt.

Aber wenn man das mal so von der Wortbedeutung her aufdrösel, stimmt das?

Also Staatsresorg kommt vom französischen Resorg-Dettra, also Daseinsgrund.

Das würde bedeuten, warum gibt es die Bundesrepublik, um das Existenzrecht Israels sich herzustellen?

Ob man das so ganz hochhängen will, weiß ich nicht, aber jedenfalls macht man durch diese Formulierung von der Staatsresorg schon deutlich, dass es jedenfalls ein ganz zentrales Ziel ist.

Jetzt sind wir natürlich auch Privatleute.

Und wir fühlen natürlich auch und solidarisieren uns als Privatmenschen auch mit Land X und den Anliegen Y.

Und natürlich habe ich mitgefühl mit den Müttern, deren Kindersöhne in russischen Panzern drin.

Natürlich habe ich mitgefühl für die Familien und die Mütter

**[Transcript] Lage der Nation - der Politik-Podcast aus Berlin / LdN353 Polen wählt Demokraten, steigende Spannungen steigt Israel, Verbot pro-palästinensischer Demos, Kabinett beschleunigt Verkehrswende, Arbeitsmarktzugang für Geflüchtete**

und Väter, deren Söhne von jüdischen Siedlern erschossen werden.  
Natürlich habe ich mitgefühl für die Familien,  
die massakriert wurden von der Hammers, von Terroristen.  
Das sind meine persönlichen Gefühle, da habe ich mitgefühl,  
da fühle ich mich vielleicht auch solidarisch.  
Aber in der Rolle des Journalisten finde ich,  
sind wir keiner Staatsresorg verpflichtet  
und wir sind auch keiner Solidarität für irgendeinem Land verpflichtet,  
sondern wir sind so einer Journalistenreson verpflichtet.  
Und die lautet Sorgfalt, Fairness und Korrektheit.  
Das würde ich sagen, dem sind wir verpflichtet.  
Ich würde sogar sagen, gerade weil die journalistische Zunft  
sich verpflichtet hat, Sorgfalt, Fairness, Korrektheit,  
wäre es sogar ein großer Fehler, sich einer Staatsreson zu unterwerfen.  
Denn unsere Rolle ist es ja im Zweifel auch zu hinterfragen,  
ob diese Staatsreson richtig ist  
oder zum Beispiel, ob die Prioritätensetzung,  
die aus dieser Staatsreson resultiert, überhaupt korrekt ist.  
Deswegen würde ich sagen, Journalistinnen sollten sich auch nicht solidarisch erklären  
mit einem bestimmten Land oder einer bestimmten Ideologie zum Beispiel.  
Das ändert nichts daran, dass wir natürlich persönlich  
und auch als Journalisten Terror verurteilen.  
Es gibt natürlich rote Linien, über die man nicht ernsthaft diskutieren kann.  
Aber als Journalisten finde ich, dürfen wir nicht dabei stehenbleiben,  
zu sagen, Terror ist schauderhaft.  
Das ist zwar richtig und es verwerflich,  
aber wir müssen aus meiner Sicht jedenfalls versuchen,  
Sorgfalt, Fairness, Korrektheit walten zu lassen.  
Und dazu gehört, wir schauen auf die Probleme,  
wir versuchen sie zu verstehen  
und wir sollten dann auch überlegen, ob wir nicht Lösungen skizzieren können  
oder jedenfalls Ansätze dafür.  
Und dazu gehört eben die komplexere Darstellung,  
als Terror ist verwerflich.  
Das ist, finde ich, banal, das ist so.  
Der Terror ist nicht zurechtfertig  
und trotzdem passiert er nicht im Luftleerenraum.  
Wenn man nach Lösungen sucht, muss man sich den Kontext angucken  
und wenn wir erklären wollen, was passiert,  
dann gehört eben dazu mehr als Terroristennahmnummer.  
Genau.  
Denn natürlich spielt ...

**[Transcript] Lage der Nation - der Politik-Podcast aus Berlin / LdN353 Polen wählt Demokraten, steigende Spannungen steigt Israel, Verbot pro-palästinensischer Demos, Kabinett beschleunigt Verkehrswende, Arbeitsmarktzugang für Geflüchtete**

Ja.

Und natürlich, und zu genau diesem Bild gehört, auf palästinensischer Seite spielt Antisemitismus eine wirklich gefährliche und erschreckende Rolle.

Ja, also nehmen wir die Hamas als krasses Beispiel.

Da haben wir in der vergangenen Woche ja dieses Gründungsdokument von, glaube ich, 1988 ausführlich zitiert.

Da geht es eben tatsächlich um die Vernichtung Israels und die Vernichtung in Anführungsstrichen des Juden ganz grundsätzlich. Also die Hamas ist tatsächlich fanatisch antisemitisch.

Das kann man nicht sagen.

Die hatten natürlich politische Forderungen, aber da gibt es auch diesen antisemitischen Zug.

Aber zur Erklärung dieses Terrorismus gehört eben auch, das haben wir in den letzten Wochen versucht, deutlich zu machen, dass Elend in dem viele Palästinenser innen leben.

In der Gaza-Streifen noch schlimmer als in der Westbank.

Und das ist eben auch ein kausaler Faktor für diese Radikalisierung.

Das macht den Terror nicht.

Nein, das sagt nicht, der Terror ist richtig, sondern man sagt, eine Ursache für diesen Terror, ob wir ihn toll finden oder nicht, ob wir es wollen oder nicht, liegt aber auch in den Lebensverhältnissen der Menschen in Gaza.

Das ist mir das, was wir auch letzte Woche schon unter diesem Stichwort ja aber diskutiert haben.

Also ich weiß nicht, wer von euch jetzt hier auf der Buchmesse in Frankfurt war.

Da gab es ja eine Öffnungsrede von einem Philosophen, Schlau-Wau-Chi-Zerk, glaube ich, war es.

Und der wurde hinterher ganz scharf angegriffen von Claudia Roth, die sich nämlich genau darüber aufgeregt hat, dass er diese multipolare Perspektive eingenommen hat, die wir hier jetzt auch versuchen.

Und ich muss ganz ehrlich sagen, und ist er nicht in seiner Rolle als Journalist da gewesen, sondern als Philosoph.

Aber ich denke, gerade auch Philosophen sind ja in dieser Verantwortung, Dinge so ein bisschen tiefer zu belohnen.

Ja, und ich kann auch Claudia Roth verstehen, dass sie als Politikerin sagt, Staatsperson, ich dulde das nicht, dass in Deutschland so geredet wird.

Ich finde, das kann man als Politikerin sagen.

Das ist aber genauso richtig,

**[Transcript] Lage der Nation - der Politik-Podcast aus Berlin / LdN353 Polen wählt Demokraten, steigende Spannungen steigt Israel, Verbot pro-palästinensischer Demos, Kabinett beschleunigt Verkehrswende, Arbeitsmarktzugang für Geflüchtete**

dass man als Autorjournalist oder Philosoph,  
wie Schlaw-Wau-Chi-Zerk, sagt, ja,  
aber ich gucke mir das Ganze an.  
Und ich stelle mich nicht auf eine Seite,  
sondern ich versuche, das Problem zu verstehen.  
Und dazu gehört eben auch, wie die Menschen im Gaza leben.  
Und dafür ist nun mal einfach Israel verantwortlich.  
Jedenfalls ganz maßgeblich.  
Also natürlich die Misswirtschaft der Haars,  
die irgendwie Kohle abzweigen,  
um damit irgendwelche Bomben zu bauen.  
Ist natürlich auch einen Kausalergrund,  
der Autonomiebehörde in der Westbank spielt,  
in großer Rolle aber die zentrale Verantwortung  
für das Elend der Palästinenser besträgt,  
Israel.  
Und natürlich hat Israel dafür seine Gründe.  
2000 Jahre Verfolgung jüdischer Menschen,  
weil es seit Jahrzehnten angegriffen und terrorisiert wird,  
hat es natürlich gute Gründe für diese Abschottung.  
Weil Staaten wie Iran oder die Hamas  
eben das Land vernichten wollen.  
Aber das erinnert natürlich nichts daran,  
dass es einfach eine Kausalität gibt  
dieser israelischen Sicherheitsbemühungen  
für die Lebensbedingungen.  
Israel ist eben die militärisch-dominante Macht.  
Bestimmt die Lebensbedingungen der Palästinenser  
ganz maßgeblich mit.  
Und da gibt es eine ganze Reihe von Gründen,  
auch da mal, sagen wir mal, Bedenken zu haben.  
Also zum Beispiel im Stichwort Artich.  
Israel hätte eben diese Mauer um den Gasastreifen  
und um Teile des Westjordanlands gebaut.  
Israel eignet sich Stück für Stück  
mithilfe von Siedlungen des Westjordanlands an.  
Siedler aus diesem Siedlung ermorden fast täglich  
Menschen in Palästina.  
Also auch vor diesen Hamas-Angriffen.  
Und man hat auch auch auf den Tag so Aktionen,  
da fahren die halt los, teilweise sogar mit Unterstützung  
der Armee und erschießen Palästinenser.

**[Transcript] Lage der Nation - der Politik-Podcast aus Berlin / LdN353 Polen wählt Demokraten, steigende Spannungen steigt Israel, Verbot pro-palästinensischer Demos, Kabinett beschleunigt Verkehrswende, Arbeitsmarktzugang für Geflüchtete**

Nicht schön. Mal ganz vorsichtig gesagt.  
Und das findet in Europa sehr wenig Interesse.  
Deswegen gibt es also schon viele Gründe,  
denke ich, dass man jedenfalls als Journalist,  
Hinner oder Journalisten auf diesen Konflikt doch  
aus verschiedenen Perspektiven schaut.  
Ja, weil völlig klar ist, du findest nur eine Lösung,  
wenn du das alles betrachtest.  
Es gibt einfach keine andere Lösung,  
du kannst nicht so sagen, es ist höher  
und das ist dann deine Lösung.  
Aber es schaffst, dass all diese Menschen friedlich  
auf diesem Flecken Erde leben können.  
Wenn das das Ziel ist.  
Oder wenn für mich persönlich, Stichwort GFF,  
mit diesem Menschenrechtlichen Hintergrund ist,  
für mich eigentlich immer der zentrale Maßstab,  
wie kann man denn zu einer Situation kommen,  
wo die Menschenrechte aller Menschen in dieser Region  
möglichst gewahrt bleiben.  
Und da würde ich denken, da geht es eben nur über  
eine Friedenslösung, auch wenn wir von der natürlich  
heute denkbar weit entfernen.  
Genau.  
Werbo.  
Die zweite Halbzeit der Ampel-Legislatur hat also begonnen.  
Einiges haben sie doch angepackt.  
Aber vieles ist doch liegen geblieben  
oder noch nicht ins Rollen gebracht  
und die Republik ächzt doch an allen Ecken  
und Enden unter dem Reformstau.  
Wo hakt es und wie bekommen wir den Karren  
aus dem Dreck?  
Dazu haben wir öffentlich einen Buch geschrieben.  
Das heißt, die Baustellen der Nation.  
Ein Thema zum Beispiel der Föderalismus.  
Es ist aktuell sehr schwer politisch substantiell  
etwas zu ändern.  
Ein Grund ist, ohne den Bundesrat geht fast nichts.  
Auf diese Weise müssen sich oft wirklich alle einig werden.  
Von den Grünen bis zur CSU.  
Diese ganz große Koalition produziert jedoch

**[Transcript] Lage der Nation - der Politik-Podcast aus Berlin / LdN353 Polen wählt Demokraten, steigende Spannungen steigt Israel, Verbot pro-palästinensischer Demos, Kabinett beschleunigt Verkehrswende, Arbeitsmarktzugang für Geflüchtete**

allenfalls minimal Kompromisse, die wenig ändern und vor allem Wahlergebnisse auch verwischen. Denn wenn bei der Bundestagswahl eine Regierung gewählt wurde, wieso regiert denn dann de facto auch die Opposition im Bundestag bundesweit über den Bundesrat mit?

Wir brauchen da ein Update für unseren Föderalismus und das geht sogar ohne Grundgesetzentwurf.

Ein Kapitel in den Baustellen der Nation jetzt kaufen unter [lage.link](#), schreckstrich buch oder einfach im Buch laden eurer Wahl.

In dieser explosiven Situation, die natürlich viele Menschen bewegen auf verschiedenen Positionen, aus verschiedenen Ecken heraus, gehen die Leute auf die Straßen.

Nicht nur in Deutschland, aber auch in Deutschland, nicht nur in Berlin-Neukölln, aber auch in Berlin-Neukölln.

Es gibt in Deutschland zahlreiche pro-palästinensische Demonstrationen, die für viel Aufsehen gesorgt haben.

Der eine Vorwurf ist, der stimmt sicherlich zum Teil, aber links würde ich sagen, nicht global, da feiern Menschen den Terror der Hamas.

Das geht nicht, wir müssen wenigstens Leute, die kein deutschen Pass haben und die sowas machen, abschieben.

Das ist die einzelne Sache, die eine Sache.

Zugleich fürchten sich natürlich jüdische Organisationen vor Angriffen, das muss man auch sehen.

Da gibt es Demos auf der einen Seite.

Und auf der anderen Seite ist die Sicherheitslage für jüdische Organisationen, jüdische Einrichtungen in Deutschland so hart wie seit Jahren nicht mehr.

Jüdische Kinder trauen sich nicht mehr in die Schule.

Häuser in den jüdischen Menschen leben werden mit dem Davidstern quasi markiert, von wem auch immer.

Und in Berlin-Mitte gab es jetzt sogar schon einen Brandanschlag auf eine jüdische Einrichtung.

Wie ernst gemeint, der war weiß man nicht, aber jedenfalls zerschelte da ein Molotow-Cocktail auf dem Bürgersteig vor so einem Gemeindezentrum.

Und das passiert nicht, weil in diesem Gemeindezentrum der Krieg gegen die Palästinenser-Gasstreifen geplant wird.

**[Transcript] Lage der Nation - der Politik-Podcast aus Berlin / LdN353 Polen wählt Demokraten, steigende Spannungen steigt Israel, Verbot pro-palästinensischer Demos, Kabinett beschleunigt Verkehrswende, Arbeitsmarktzugang für Geflüchtete**

Das passiert auch nicht, weil da Menschen aus Israel wohnen, weil sie da nicht wohnen oder da leben. Das sind in der Regel Leute mit Wurzeln, Sowjetunion. Das passiert alleine, weil dort Juden leben. Oder arbeiten oder beten, sich aufhalten. Das ist der einzige Grund und das ist glasklare Antisemitismus. Ja, und so hat der Bundesverband der Recherche und Informationsstellen Antisemitismus kurz Rias seit dem 7. Oktober, also diesem Anschlagstag, wo die Hamas zugeschlagen hat in Israel, in Deutschland insgesamt 202 antisemitische Vorfälle dokumentiert und im selben Zeitraum des Vorjahres waren, das sind anfangs Strichend nur 59 Fälle. Allerdings muss man sagen, machten den größten Teil davon bei Protesten skandierete anti-Israelische und antisemitische Parolen aus. Aber schlimm genug. Und also diese Schockwellen, dieses Kriegs haben jetzt also auch Deutschland erreicht und Politikerinnen in Deutschland glaube ich, das kann man fast global sagen, finden diese Demos unerträglich, vielleicht stellvertretend, Vorsitzender der FDP Bundestagsfraktion Christian Dürr, der sagte am Dienstag, es ist aus meiner Sicht eine Schande, was wir in den letzten Tagen auch auf deutschen Straßen gesehen haben. Und entsprechend streng sind eben dann auch vor allen Dingen die Behörden, vor allen Dingen in Berlin. Das muss man sagen. Systematisch werden eben pro-palästinensische Demos komplett verboten. Also gibt es in Berlin pauschales Verbot aller Zitat pro-palästinensischen Versammlungen. Die Frage ist aber natürlich, ist das denn überhaupt rechtlich zulässig? Was ist denn eigentlich mit der Versammlungsfreiheit der Menschen, die aufs Leid im Gasstreifen hinweisen? Also, haben wir schon ein paar mal gesagt, aber ich finde das schon noch sinnvoll in so einem Format, wie wir das machen, manchmal auch so ein bisschen so fundamentale Sachen nochmal zu erklären. Eine Demonstration in Deutschland muss nicht genehmigt werden, sondern sie muss nur angemeldet werden in aller Regel. Das bedeutet, man schreibt in der Behörde, wo man demonstrieren möchte, ob wie viel Menschen man so erwartet,

**[Transcript] Lage der Nation - der Politik-Podcast aus Berlin / LdN353 Polen wählt Demokraten, steigende Spannungen steigt Israel, Verbot pro-palästinensischer Demos, Kabinett beschleunigt Verkehrswende, Arbeitsmarktzugang für Geflüchtete**

jedenfalls muss man dann auch Ordner, Ordnerinnen nachweisen.

Aber man braucht keine Genehmigung.

Im Gegenteil, wenn man angemeldet hat,

kann man im Prinzip loslegen.

Es ist Sache der Behörde,

eventuell dann Auflagen zu erteilen oder so im Extremfall,

kann man dann auch mal eine Demo ganz verbieten,

aber man muss sie halt nicht anmelden.

Ja, es ist so ein bisschen die Frage der Default-Einstellung.

Und die Default-Einstellung ist jetzt mal etwas hochgehängt im Zweifel für die Freiheit.

Die Versammlungsfreiheit bedeutet,

man kann im Prinzip demonstrieren,

solange es keine vollziehbare Verbotsverfügung

bzw. keine vollziehbare Verfügung gibt, die Auflage an Ordnung.

Aber wie kann man denn dann so palästinensische Demos verbieten?

Tja, also das ist nämlich in der Tat gar nicht so einfach.

Skeptisch ist beispielsweise sogar, hört, hört,

Herbert Reul, der CDU-Innenminister von Nordrhein-Westfalen,

der mit durchaus markigen Worten die Erwartung dämpft.

Er meint, ein Verbot von pro palästinensischen Demonstration

in Deutschland sei, Zitat, juristisch ungeheuer schwierig.

Es müsse, Zitat, schon viel passieren,

bis hierzulande einer Demonstration verboten werde.

Und dann geht es nochmal richtig.

Herbert Reul ist ja, ich glaube, er ist ehemaliger Lehrer,

der hat immer so für dich so schön krachlederne Formulierung.

Zitat, selbst wenn es die schrägste, verrückteste

und bekloppteste Meinung ist, so Herbert Reul,

könnten Menschen an ihren Äußerungen nur gehindert werden,

wenn damit die öffentliche Sicherheit oder andere Menschen gefährdet werden.

Ja, und die Erfahrungen in NRW, die finde ich deuten ja auch darauf hin,

dass dieses Skepsis durchaus gerechtfertigt ist.

Was das verbieten angeht.

Reuls Innenministerium hat mitgeteilt im Zusammenhang

mit den aktuellen Kriegsgeschehen in Israel,

da habe es in NRW bisher 47 pro israelische

und 19 pro palästinensische Veranstaltung gegeben,

also 47 pro Israel, 19 pro Palästina

und hierbei sein vereinzelte Straftatbestände festgestellt worden.

Ja, das klingt jetzt eher nicht so,

dass die Demos in diesem Kontext prinzipiell verboten werden müssten,

## **[Transcript] Lage der Nation - der Politik-Podcast aus Berlin / LdN353 Polen wählt Demokraten, steigende Spannungen steigt Israel, Verbot pro-palästinensischer Demos, Kabinett beschleunigt Verkehrswende, Arbeitsmarktzugang für Geflüchtete**

wenn es in NRW offensichtlich gelingt,  
sie mit kleineren Kollateralschäden durchzuführen.  
Die Polizei in Berlin geht dagegen sehr streng  
gegen pro-Palästina-Demos vor.  
Wie gesagt, pauschales Verbot.  
So schreibt die Polizei selbst in einer Pressemitteilung  
eine Demo unter dem Motto  
Jugend gegen Rassismus sei sogar verboten worden,  
weil man sie eben im Verdacht hat  
und eine verkappte pro-Palästina-Veranstaltung zu sein,  
weil man da so eine Gefahr sieht, dass es dabei kommen werde zu,  
jetzt kommt Zitat aus der Pressemitteilung der Polizei,  
volksverhetzenden antisemitischen Ausrufen,  
Gewaltverherrlichung, den Vermitteln von Gewaltbereinschaft,  
Einschüchterung sowie Gewalttätigkeit.  
Ja, und so eine Berliner Spezialität ist ja,  
dass da selbst pro-Palästinensische Demonstrationen verboten werden,  
wenn sie von Juden und Jüdinnen organisiert werden,  
zum Beispiel diese Versammlung jüdische Berlinerinnen  
gegen Gewalt in der Ost, wurde verboten.  
Und eine Anfrage von LTOs und juristische Online-Zeitung  
auf welcher rechtlichen Grundlage diese Demo denn verboten worden sei,  
ließ die Polizei Berlin zunächst unbeantwortet.  
Tja, und deswegen stehen wir uns da durch die Frage,  
ist das überhaupt juristisch haltbar?  
Also rechtlich ist ein Verbot einer Demo nur möglich,  
wenn nach der Zurzeit des Anlasses der Maßnahmen  
erkennbaren Umstände die öffentliche Sicherheit  
bei Durchführung der Versammlung unmittelbar gefährdet ist.  
Steht im Versammlungsgesetz von Berlin begrafen?  
Ja, das heißt sogar Versammlungsfreiheitsgesetz.  
Also öffentliche Sicherheit unmittelbar gefährdet durch die Durchführung.  
Genau, andere Länder haben da ganz ähnliche Rechtsgrundlagen  
und da muss man dazu sagen, ganz verbieten,  
das ist natürlich der schärfste Eingriff,  
dann kann die Demo ja überhaupt nicht stattfinden.  
Also ganz verbieten kann man eine Demo auch nur,  
wenn sich die Gefahr durch Auflagen, also quasi Spielregeln,  
die die Behörde setzt, nicht in den Griff bekommen lässt.  
Das ergibt sich schon aus dem Grundsatz der Verhältnismäßigkeit.  
Das Verbot ist eben der härteste Eingriff in die Versammlungsfreiheit  
und der ist eben nur zulässig, wenn mildere Maßnahmen,

## **[Transcript] Lage der Nation - der Politik-Podcast aus Berlin / LdN353 Polen wählt Demokraten, steigende Spannungen steigt Israel, Verbot pro-palästinensischer Demos, Kabinett beschleunigt Verkehrswende, Arbeitsmarktzugang für Geflüchtete**

wie zum Beispiel Auflagen, nicht reichen.

Ja, und was heißt nun die Gefahr für die öffentliche Sicherheit?

Hier finde ich, wird es wirklich spannend,

denn Staatsräson reicht jedenfalls nicht.

Und der gute Ruf Deutschlands schon mal gar nicht,

zumal man ja sehr geteilter Meinung sein kann,

was für den Ruf Deutschlands eigentlich gut ist.

Da kann man es wahrscheinlich sehr von dem ab, den man so fragt,

sondern da braucht es deutlich mehr.

Es braucht die Gefahr für Rechtsgüter, wie Leib, Leben, Eigentum

oder eine Gefahr für die Rechtsordnung an sich, also Gefahr von Straftaten.

Das muss mit hoher Wahrscheinlichkeit eintreten,

bevor man sowas verbieten kann.

Die Frage ist ja, wie sehen solche Straftaten aus

und vorherigen, woher weiß man, dass sie kommen?

Tja, da braucht es eine belastbare Prognose,

dass auch so einer Demonstration mit großer Wahrscheinlichkeit

Straftaten begangen werden.

Da kommen vor allem zwei Straftatbestände,

in Betracht jetzt im Kontext dieser pro-palästinensischen Demonstration,

nämlich Volksverhetzung, also Schüren von Hass zum Beispiel

auf jüdische Mitmenschen oder Billigungen von Straftaten,

insbesondere bezogen auf diesen Hamas Terror.

Und wie kommt man jetzt zu so einer Prognose?

Tja, das ist das Problem mit Prognosen, weil sie eben die Zukunft betreffen.

Also schaut man in die Vergangenheit

und versucht dann aus vergangenen Erfahrungen abzuschätzen,

was in der Zukunft sein wird.

Da muss die Versammlungsbehörde quasi die innere Glaskugel bemühen

und sich auf der Basis ihrer Erfahrung aus der Vergangenheit

ein Bild machen, wie das wohl wahrscheinlich laufen wird.

Und da muss man natürlich sehen,

kann man denn davon ausgehen, Philipp,

dass alle Demos aus diesem pro-palästinern Kontext,

selbst wenn man Auflagen erteilt,

wirklich so eine Gefahr für die öffentliche Sicherheit ist?

Also einerseits finden sich in den Pressemitteln der Polizei

immer wieder Berichte, dass Müllton angezündet werden.

Dass es Krawall gibt, dass es Gewalt auf der Straße gibt,

dass die angezündeten Müllton auf die Straßen gerollt werden,

vor allen Dingen in Neukölln.

Außerdem werden Steine auf Beamte geworfen,

## **[Transcript] Lage der Nation - der Politik-Podcast aus Berlin / LdN353 Polen wählt Demokraten, steigende Spannungen steigt Israel, Verbot pro-palästinensischer Demos, Kabinett beschleunigt Verkehrswende, Arbeitsmarktzugang für Geflüchtete**

wenn sie zum Beispiel versuchen, verbotene Demos aufzulösen.

Das ist offensichtlich Gewalt.

Andererseits kann selbst in Berlin

durchaus friedlich für die palästinensische Sache demonstriert werden.

Schreibt die Polizei Berlin absurderweise selber

in einer Pressemitteilung, zum Beispiel jetzt vom Dienstag.

Da heißt es so schön in dieser Mitteilung,

Dienstag wurde in Mitte am Pariser Platz, also am Brandenburger Tor,

eine pro-palästinensische Spontanversammlung angemeldet.

Das war wahrscheinlich so eine Reaktion

auf diese Geschichte mit dem Krankenhaus.

Diese Spontanversammlung wurde mit Beginn 21.15

als Mahnwache mit 350 Teilnehmern zugelassen.

Während der Mahnwache wurden friedlich

und im stillen Gedenken T-Lichter entzündet.

Die Versammlung wurde im 22 Uhr beendet.

Kein Krawall.

Also wenn man jetzt quasi die Gefahrenprognose darauf baut,

was so zuletzt bei pro-palästinensischen Demos in Berlin passiert ist,

dann fällt es schwer, da zu sagen,

bei jeder Demo per See gibt es Gewalt, Gefahr für öffentliche Güter, Leib und Leben.

Gibt es solche und solche?

Solche und solche, aber sie per See zu verbieten fällt schwer.

Dann wäre die nächste Frage okay,

jetzt hat es ja ein paar gegeben, ja, Spontan-Demos.

Was ist denn da passiert?

Ich meine, da sind ja Steine geflogen,

welche Ermittlungen macht die Staatsanwaltschaft?

Ja, wir haben also mal bei der Presse Stelle

der Generalstaatsanwaltschaft nachgefragt,

ob im Kontext der bisherigen Demo Strafverfahren eingeleitet wurden

und gegebenenfalls Weswegen antworten.

Die Verfahren liegen noch bei der Polizei,

bei der Staatsanwaltschaft noch nichts ganz hundertprozentig Konkretes sagen.

Aber, schreibt man uns, es sieht nicht so aus,

dass Volksverhetzung oder Billigungen von Straftaten,

also diese ganzen Äußerungen,

eben die zum Hass gegen Juden aufrufen

oder eben Billigungen des Hamas-Terrors,

das scheint keine Rolle zu spielen bei diesen Ermittlungsverfahren.

Die vorläufige Einschätzung der Generalstaatsanwaltschaft Berlin

ist hingegen, dass die Strafverfahren vor allem wegen demotypischer Delikte geführt werden,

**[Transcript] Lage der Nation - der Politik-Podcast aus Berlin / LdN353 Polen wählt Demokraten, steigende Spannungen steigt Israel, Verbot pro-palästinensischer Demos, Kabinett beschleunigt Verkehrswende, Arbeitsmarktzugang für Geflüchtete**

also Widerstand gegen Verstreckungsbeamte, Sachbeschädigung.

Auch das ist nicht okay, das sind auch alles Straftaten.

Aber es passiert halt immer.

Und es ist vor allem überhaupt nicht Palästina spezifisch.

Und da kann man sich dann schon die Frage stellen,

ob wir tatsächlich den Versuch unternehmen sollten,

wie wir das in Berlin tun, anders in Nordrhein-Westfalen,

überhaupt nur zu verhindern,

dass es pro palästinensische Demos auf Berlins Straßen gibt.

Also ich würde denken, basieren was wir jetzt wissen

und von der Generalstaatsanwaltschaft gehört haben

und was wir in Berlin sehen, wir müssen es aushalten.

Ich finde, ehrlich gesagt auch, was wir nicht aushalten müssen,

sind natürlich Straftaten.

Das ist klar.

Aber da würde ich sagen, wenn da jemand die Hammersfahne hässt,

dann muss man die halt runterholen.

Wenn da jemand Volksverhetzung betreibt,

dann muss man ihn natürlich rausholen.

Anklagen, bestrafen, keine Frage.

Aber reich das, was wir bisher erlebt haben in der Vergangenheit

oder jetzt auch bei den spontanen Demonstrationen gab,

um zu sagen, jede pro palästinensische Demonstration

ist automatisch immer eine Gefahr für die öffentliche Sicherheit.

Und wir verbieten sie per se.

Zumal man sich ja die Frage stellen kann,

ob diese Propagandadelikte sind die absolute Ausnahme

und diese demotypischen Delikte,

da kann man sich ja schon die Frage stellen,

ob die nicht überhaupt vor allem deswegen begangen werden,

weil man die Leute nicht demonstrieren lässt.

Denken wir doch mal zwei Sekunden weiter.

Wenn wir jetzt zum Beispiel auf dem Hermannplatz

und großer Platz in Neukölln einfach sagen würden,

ja, da könnte jetzt demonstrieren,

lass die Hammersfahnen zu Hause

für Menschenrechte im Gaserstrafen,

dann lassen wir euch demonstrieren.

Ich glaube nicht, dass dann Steine fliegen würden, ehrlich gesagt.

Ich glaube nicht, dass dann, wenn man eben quasi so den Menschen,

die eben in Berlin sich,

vielleicht weil sie Verwandte im Gaserstrafen haben,

**[Transcript] Lage der Nation - der Politik-Podcast aus Berlin / LdN353 Polen wählt Demokraten, steigende Spannungen steigt Israel, Verbot pro-palästinensischer Demos, Kabinett beschleunigt Verkehrswende, Arbeitsmarktzugang für Geflüchtete**

da irgendwie persönlich betroffen sind,  
wenn man denen auch dieses Ventil geben würde,  
ja, wenn man da so ein bisschen Druck vom Kessel lassen würde,  
ich glaube, das würde insgesamt die Situation eher befrieden.  
Und ich muss ganz ehrlich sagen,  
das haben wir ja auch bei den Corona-Demos gesehen.  
Sie haben ganz offensichtlich  
Nachteilen geführt für viele Menschen.  
Und trotzdem haben wir es ertragen, ja,  
also durch Infektionen auf der Demo, zum Beispiel,  
für die Menschen, die sich da eben aufgehalten haben  
und sich nicht haben impfen lassen und so weiter.  
Da gab es jede Menge Gefahren, die davon ausgegangen sind.  
Trotzdem haben wir sie gewähren lassen,  
auch wenn wir die Meinung quatsch fanden, aber...  
Ja, mein Gott, das gehört dazu.  
Das ist eben der Witz bei der Versammlungsfreiheit  
oder bei der Meinungsfreiheit.  
Da geht es eben um die unpopulären Meinungen.  
Da bewähren sich diese Grundrechte, ja.  
Also die mal ganz auf den Punkt war,  
im Bundestag, in den Landesparlamenten  
die Möglichkeit, sich die Rechtsordnung  
so zu gestalten, wie sie das eben gerne möchte.  
Die Grundrechte, gerade auch Demos  
und Meinungsfreiheit, sind Grundrechte  
für die Minderheiten, die auf diese Art und Weise  
die Chance bekommen sollen, auf die  
öffentliche Meinungsbildung einzuwirken.  
Und ich finde, da müssen wir doch damit leben,  
wenn wir schon diese Corona-Demos zulassen, ja,  
da müssen wir doch erst recht damit leben,  
dass Menschen im Konflikt zwischen Israel  
und Palestina eine andere Meinung vertreten,  
als der Bundeskanzler.  
Und als Reson, weiß ich nicht,  
muss man nicht unbedingt auf die Straße gehen.  
Nein, die vertritt der Bundeskanzler  
vor dem Rednerpult.  
Das ist die große Mehrheit und so weiter,  
aber unbequeme Minderheiten,  
die man auch total quatschig fänden kann,

**[Transcript] Lage der Nation - der Politik-Podcast aus Berlin / LdN353 Polen wählt Demokraten, steigende Spannungen steigt Israel, Verbot pro-palästinensischer Demos, Kabinett beschleunigt Verkehrswende, Arbeitsmarktzugang für Geflüchtete**

wenn sie keine Straftaten begehen, ja.

Ich finde, da sind wir einfach nicht liberal an der Stelle.

Und das Problem ist, ich habe so den Verdacht, das klären wir noch mal so ein bisschen, wir haben da so ein paar Rechercheansätze noch mal, wenn da was rauskommt, liefern wir das noch mal nach.

Und ich persönlich habe so den Verdacht, dass das auch für den Schutz jüdischer Einrichtung viel besser wäre.

Wenn man sie demonstrieren lässt, natürlich friedlich, natürlich ohne Volksverhetzung und so weiter, ohne verbotene Verhandlungen, so, wenn man sie aber grundsätzlich demonstrieren ließe, dann glaube ich,

dann würde man da einfach Druck vom Kessel lassen oder andersrum, wer palästinensische oder pro-palästinensische Demos strikt unterdrückt, der schürt doch nur den Frust dieser Menschen, die möglicherweise emotional total nachvollziehbar betroffen sind.

Wenn da jemand eben Familie hat im Gasstreifen, die jetzt in Lebensgefahr lebt wegen der Luftangriffe, die kann er schon verstehen, dass es diesen Menschen auf die Straße drängt und dass man das dann auch in Berlin mit einer Demo deutlich machen will.

Also für mich spricht vieles dafür, dass sich dieser Frust, weil man die Menschen eben so unter der Decke hält, auch, dass das jedenfalls eine Mitschuld hat oder eine Mitverursachung ist für diese Übergriffe auf jüdische Einrichtung.

Und muss man sagen, in NRW ist die Polizei liberaler, es gibt jedenfalls nach den Presseberichten kaum Übergriffe.

Ist keine Causalität, muss man sehen, ist nur anekdotische Evidenz, aber ist doch immerhin interessant, dass NRW da irgendwie, finde ich, den klügeren Kurs fährt. Also bottom line aus meiner Sicht,

**[Transcript] Lage der Nation - der Politik-Podcast aus Berlin / LdN353 Polen wählt Demokraten, steigende Spannungen steigt Israel, Verbot pro-palästinensischer Demos, Kabinett beschleunigt Verkehrswende, Arbeitsmarktzugang für Geflüchtete**

wir sollten hier ein Stück mehr Freiheit wagen,  
natürlich innerhalb der geltenden Rechtsordnung.  
Wir haben ja ein...  
Verbläut zu die Freiheit.  
Wir haben ja in Deutschland diverse  
Gerechtigkeitsprobleme, aber ich finde eins,  
was so ein bisschen manchmal aus dem  
Fokus gerät, ist  
der öffentliche Raum.  
Der öffentliche Raum ist ja begrenzt, also  
in Städten sowieso, aber auch in Dörfern.  
Habt ihr bestimmt schon gesehen, wenn ihr hier  
jetzt zu dieser Messehalle gekommen seid, also  
wir sind hier um die Ecke in so einem Hotel,  
wir sind über verschiedene Zebrastreifen,  
aber das war jedes Mal so ein kleines Nahtoderlebnis,  
weil doch der eine oder andere Taxifahrer  
fand, dass er seinen Fahrgast jetzt  
noch schnell mal eben um die Kurve schippert.  
Wer von euch ist mit dem Auto gekommen?  
Okay, schätzungsweise...  
Nein, schätzungsweise 5  
bis 10 Prozent. Wer von euch ist  
öffentlichen Personen nach Verkehr gekommen?  
Okay, schätzungsweise 80  
bis 90 Prozent. Wer ist mit dem Fahrrad  
hier?  
Etwa so viel wie Autos  
Helden, ist richtig, nämlich heute.  
Wer ist zu Fuß da?  
Hier.  
Also, es macht deutlich,  
der Raum in der Stadt ist begrenzt  
und das heißt, es gibt  
einen Kampf darum, wie man ihn  
nutzt und es gibt einen Wettbewerb  
darum, wie man ihn nutzt und bisher  
war die Antwort, wie verteilen eigentlich  
den öffentlichen Raum gerecht, immer Auto.  
Das Auto jedenfalls zuerst  
und alle anderen müssen  
sich dieser Verteilung dann unterordnen.

**[Transcript] Lage der Nation - der Politik-Podcast aus Berlin / LdN353 Polen wählt Demokraten, steigende Spannungen steigt Israel, Verbot pro-palästinensischer Demos, Kabinett beschleunigt Verkehrswende, Arbeitsmarktzugang für Geflüchtete**

Ich persönlich komme ja aus dem kleinen Dorf bei Osnabrück und als ich noch in Osnabrück zur Schule gegangen bin, weiß ich, wer sich in Osnabrück auskennt, da gibt es einen zentralen Platz in der Innenstadt. Das ist der Neumarkt und über den Neumarkt konnte man nicht gehen. Da gab es überall irgendwie so Absperrgitter und es gab dann einen Tunnel. Das heißt also, alle Fußgängerinnen wurden gezwungen, irgendwie durch Rampen in diesen komischen braunen 70er-Jahre-Tunnel zu laufen und dann auf der anderen Seite wieder hochzukrabbeln, weil der Platz absolut gesperrt und reserviert war für Autos. Das zeigt so ein bisschen die Verkehrspolitik der 60er-70er-Jahre. Soweit ich das gehört habe, wird dieser Neumarkt-Tunnel jetzt irgendwie abgerissen. Jetzt gibt es natürlich eine große Bewegung, diesen öffentlichen Raum gerechter zu verteilen. Mehr Platz für Radfahrer, mehr Platz für Fußgänger, für Gehende und das Auto, weil einige wollen es komplett rausschmeißen, aber ich würde mal sagen, zurückdrängen wäre auch schon ein Erfolg, weil wir diese Verteilung des öffentlichen Raums pro Auto seit den 15er-Jahren im Grunde so in Beton gegossen haben. Das ist jetzt auch gar nicht mehr so einfach zu revidieren. Das Beispiel Neumarkt-Tunnel zeigt das ja. Also wir haben halt einfach Verkehrsinfrastruktur geschaffen von den 50ern bis nach mindestens in die 2000er-Jahre, wo einfach Prio Nr. 1 ist, der flüssige Autoverkehr und alle anderen Verkehrsteilnehmenden müssen sich da irgendwie darum ruhen orientieren. Sie müssen halt im Zweifel dem Auto weichen und wenn sie nicht weichen, werden sie überfahren.

## [Transcript] Lage der Nation - der Politik-Podcast aus Berlin / LdN353 Polen wählt Demokraten, steigende Spannungen steigt Israel, Verbot pro-palästinensischer Demos, Kabinett beschleunigt Verkehrswende, Arbeitsmarktzugang für Geflüchtete

Tja, wobei man sagen muss, insgesamt ist die Zahl der Verkehrstoten über die letzten 20 Jahre gesunken.  
Ja, also der Straßenverkehr in Deutschland wird weniger tödlich.  
Der Verkehr wird immer sicherer, aber vor allem dank Gurt, Erbeck und ABS.  
Und ihr könnt euch leicht vorstellen, wenn das die drei zentralen Stellschrauben sind, dann gilt es natürlich nur für Menschen, die sich im Auto bewegen, denn nur die profitieren von Gurt, Erbeck und ABS.  
Und innerhalb von Ortschaften, finde ich, ist die Zahl derjenigen, die im Verkehr ums Leben kommen, immer noch inakzeptabel hoch.  
2022, das waren so die letzten Zahlen, da kamen innerorts im Jahr 81 Menschen um.  
Das sind also 2,5 mehr als zwei Menschen pro Tag.  
Rund zwei Drittel von denen waren entweder im Fahrrad oder zu Fuß unterwegs.  
Zwei Drittel der Toten innerorts waren Fahrrad oder zu Fuß unterwegs.  
19 Prozent waren Autofahrer.  
Also jede fünfte getötete Person bei dem Auto unterwegs, da kann man sehen, das ist einfach für Menschen im Auto.  
Das ist immer viel weniger gefährlich, als für andere Menschen.  
Das sagt eben einfach doch eine ganze Menge aus.  
Darüber, wie gefährlich unsere Straßen, unsere Städte sind für alle, die nicht im Auto sitzen.  
Aber auch auf diesem Feld gibt es aus dieser Woche jetzt durchaus gute Nachricht, denn die Ampel möchte die Verkehrswende

**[Transcript] Lage der Nation - der Politik-Podcast aus Berlin / LdN353 Polen wählt Demokraten, steigende Spannungen steigt Israel, Verbot pro-palästinensischer Demos, Kabinett beschleunigt Verkehrswende, Arbeitsmarktzugang für Geflüchtete**

hin zum Fahrrad fahren, zum Beispiel  
hin zum zu Fuß gehen und Öffis nutzen,  
erleichtern und stärkt quasi  
die Rechte von Draht fahnden  
ja und deswegen machen wir das jetzt auch mal hier,  
weil wir natürlich immer viele schlechte Nachrichten  
und die Ampel und die Ampel und so.  
Und dieses finde ich ein Beispiel,  
wo Sie sich eigentlich still und leise  
doch in eine progressive Richtung fortbewegen.  
Und zwar ohne,  
dass Sie drei Monate darüber öffentlich streiten  
und die ganzen Talkshows damit belegen.  
Worum geht es?  
Das Kabinett hat sich geeinigt  
auf eine Änderung des Straßenverkehrsgesetzes.  
Das haben Sie beschlossen.  
Und Sie haben den Entwurf einer Verordnung  
zur Änderung der Straßenverkehrsordnung  
zur Kenntnis genommen.  
Wobei das jetzt auch durch den Bundestag ist.  
Kabinett, Kabinett, Kabinett.  
Und jetzt in allem so, wow!  
That's the News klingt so ein bisschen nach  
Sagrais in China, aber es wird dazu führen,  
dass, glaube ich,  
mittelfristig sich der Alltag  
für doch einige von Euch  
in den Orten substanziell verändern wird.  
Tja, worum geht es?  
Bisher dürfen Kommunen,  
die als Straßenverkehrsbehörden dafür zuständig sind,  
für die Verkehr nämlich nur einschränken  
und zum Beispiel abbremmen,  
wenn es nachweisbare Gefahren gibt.  
Denn die Leichtigkeit des Verkehrs  
auf deutschfreie Fahrt für freie Bürger  
muss immer mit bedacht werden  
und ist ein starkes  
und natürlich zugleich leicht zu machen,  
das Argument.  
Ja, wenn ich Interesse Tempo 30 schild aufstellen will

**[Transcript] Lage der Nation - der Politik-Podcast aus Berlin / LdN353 Polen wählt Demokraten, steigende Spannungen steigt Israel, Verbot pro-palästinensischer Demos, Kabinett beschleunigt Verkehrswende, Arbeitsmarktzugang für Geflüchtete**

in der Orts, wo sonst Tempo 50 gilt,  
dann ist das offenkundig eine Einschränkung  
der Leichtigkeit des Verkehrs.  
Auf der anderen Seite, wenn ich Zebra-Streifen,  
wenn ich das Recht Tempo 30 einrichten will,  
dann braucht es aufwendige Verfahren,  
Begründung und Messungen,  
um nahezu legen, warum das tatsächlich nötig ist  
und das hindert Kommunen eben daran,  
diese Maßnahmen umzusetzen,  
um den Verkehr für andere  
als Autofahende sich erzugeln.  
Richtig, und das macht es überraschend schwierig,  
zum Beispiel vor einer Schule  
einen Zebra-Streifen einzurichten.  
Das sagt uns Eimut Neumann,  
die ist Stadträtin für Verkehr  
im Berliner Bezirk Mitte.  
Das ist vor den Grundsatz,  
dass für Beschränkungen des Kfz-Fließverkehrs  
fast immer  
eine qualifizierte Gefahrenlage  
erforderlich ist.  
Und das bedeutet, wir müssen quasi nachweisen,  
dass es noch mal viel gefährlicher ist  
als an allen übrigen anderen Stellen  
eh schon, was wirklich zynisch ist,  
weil wir quasi auf den Unfall warten  
müssen und erst dann tätig werden können.  
Also von einer vorsorgenden  
Anordnung von Zebra-Streifen  
kann oft keine Rede sein.  
Nun hat die Ampel also im Kabinett erstmal,  
aber vielleicht kann man ja davon ausgehen,  
dass es dann auch durch den Bundestag geht,  
ein neues Straßenverkehrsgesetz beschlossen  
und das enthält eben  
die Grundregeln, den Rahmen  
für den Straßenverkehr in Deutschland  
und es enthält, also dieses Gesetz  
enthält auch eine sogenannte  
Ermächtigungsgrundlage,

**[Transcript] Lage der Nation - der Politik-Podcast aus Berlin / LdN353 Polen wählt Demokraten, steigende Spannungen steigt Israel, Verbot pro-palästinensischer Demos, Kabinett beschleunigt Verkehrswende, Arbeitsmarktzugang für Geflüchtete**

um mit eben einer Verordnung  
Details im Straßenverkehr dann konkret zu regeln  
und diese Verordnung kann dann eben  
jeden Tag quasi verändert werden durchs Verkehrsministerium.

Die Verordnung, wie eben zum Beispiel  
der Straßenverkehrsordnung, ist ja,  
dass sie nicht durch das Parlament muss.  
Stattdessen kann eine Behörde  
eine solche Verordnung erlassen,  
zum Beispiel das Verkehrsministerium  
und trotzdem enthält dann eine solche Verordnung,  
obwohl sie nicht durch den Bundestag gegangen ist,  
bindendes Recht.

Aber damit dieses bindende Recht auch demokratisch legitimiert ist,  
muss der Gesetzgeber,  
also auf Bundesebene der Bundestag,  
gegebenenfalls unter Mitwirkung des Bundesrates  
in einem Gesetz regeln,  
die Verwaltung per Verordnung  
regeln kann. Und das ist diese sogenannte  
Ermächtigungsgrundlage, also der Gesetzgeber,  
beschließend ein Gesetz, da steht drin,  
die Verwaltung darf und damit erteilt er quasi  
so die demokratische Legitimation dafür  
und das dann die Verwaltung loslegen darf.  
Genau, und beim Straßenverkehrsgesetz  
setzt es also den Rahmen  
für die Straßenverkehrsordnung,  
was die eben regeln darf, konkret,  
geht zum Beispiel um die Frage,  
welche Gesichtspunkte müssen Behörden in den Blick nehmen,  
wenn sie auf der Grundlage  
der Verkehrsordnung beschrimmte Beschränkungen  
des Verkehrs vornehmen,  
wie besponsibler Streifen, Radwege,  
solche Sachen, oder zum Beispiel  
Tempo 30. Und dieser Rahmen,  
wenn dieses Gesetz denn so kommt,  
dürfte deutlich  
größer werden,  
weil das Gesetz die Behörden  
ermächtigt, viel mehr

**[Transcript] Lage der Nation - der Politik-Podcast aus Berlin / LdN353 Polen wählt Demokraten, steigende Spannungen steigt Israel, Verbot pro-palästinensischer Demos, Kabinett beschleunigt Verkehrswende, Arbeitsmarktzugang für Geflüchtete**

Gesichtspunkte in den Blick zu nehmen,  
als nur Leichtigkeit des Verkehrs.  
Ja, also neben dieser Flüssigkeit  
und Sicherheit des Verkehrs, freier Fahrt für Autos,  
auch Ziele des Klima- und Umweltschutzes,  
der Gesundheit und der städtebaulichen  
Entwicklung berücksichtigt  
werden können. Und das könnte  
tatsächlich dann den Handlungsspielraum  
der Kommunen deutlich erleichtern.  
Aber, das muss man immer dazusagen,  
das ist jetzt erstmal nur  
die geplante gesetzliche Grundlage.  
Da geht es um die Änderung des Straßenverkehrsgesetzes.  
Und diese Spielräume kommen aber quasi  
in den Kommunen nur an,  
wenn eine neue Straßenverkehrsordnung  
diese neuen Möglichkeiten des Straßenverkehrsgesetzes  
auch nutzt.  
Und ob das passieren wird,  
das ist bisher offen. Es sieht,  
wenn man sich mal so den Entwurf der STVO  
Novelle anschaut, eher so nach Licht  
und Schatten aus.  
Ja, bei den Zebrastreifen zum Beispiel,  
das ist ja für viele Verkehrsplaner  
und Verkehrsplanerinnen eine wichtige Kategorie,  
bei den Zebrastreifen  
dürfte sich die Lage tatsächlich entspannen,  
vermutet jedenfalls Einmut Neumann,  
die Verkehrstadt Drittin aus  
dem Berliner Bezirk Mitte.  
Es wird nun erleichtert,  
auf Hauptstraßen Tempo 30  
anzuordnen,  
beispielsweise in der Nähe von Spielplätzen  
oder bei viel genutzten Schulwegen.  
Auch Lückenschlüsse  
werden leichter ermöglicht,  
aber was nicht verwirklicht  
worden ist,  
ist eben die

**[Transcript] Lage der Nation - der Politik-Podcast aus Berlin / LdN353 Polen wählt Demokraten, steigende Spannungen steigt Israel, Verbot pro-palästinensischer Demos, Kabinett beschleunigt Verkehrswende, Arbeitsmarktzugang für Geflüchtete**

Forderung der sich über 800 Kommunen in Deutschland angeschlossen haben, dass sie nämlich einfach frei von solchen nochmal extra Begründungserfordernissen einfach sagen können, wir glauben an dieser Stelle, es ist gut und richtig, Tempo 30 anzuordnen, denn natürlich trägt Tempo 30 immer zur Verkehrssicherheit bei und den Kommunen so mehr Flexibilität zu geben. Also, sie wünschen sich einfach noch mehr Beinfreiheit. Sie haben jetzt mehr Möglichkeit, Tempo 30 zu einen einzurichten, wenn das Ding so kommt, aber sie wünschen sich halt noch mehr, sie würden einfach gerne sagen, da ist Tempo 30, ich will das ganz groß begründen mit irgendwas und dementsprechend kritisch äußert sich zum Beispiel der Kollege von der Esset Thomas Hummel, er sagt, warum verweigert das FDP-Verkehrsministerium fast 1000 Städten und Gemeinden den Wunsch, nach ihrem freien Ermessen auf ihrem gesamten Gebiet Tempo 30 anzuordnen, wo zu hohe Geschwindigkeit doch eine Hauptursache für diese ganzen Unfälle ist? Man muss natürlich fairerweise sagen, aus einer verfassungsrechtlichen Perspektive ist natürlich immer schwierig zu sagen, wir denken hier Grundrechte ein, einfach mal so. Dass die Städte sich halt wünschen, dass sie da gar keine Abwägung mehr anstellen müssen, das finde ich auch ein bisschen hochgegriffen. Aber man könnte genauso argumentieren, dass es andere Grundrechte gibt, wie die der Radfahrenden und Fußgehenden und aller Leute, die in einer sauberen, ruhigen, angenehmen, lebenswerten Stadt leben wollen. Klar. Hey, das ist mein Grundrecht. Richtig.

**[Transcript] Lage der Nation - der Politik-Podcast aus Berlin / LdN353 Polen wählt Demokraten, steigende Spannungen steigt Israel, Verbot pro-palästinensischer Demos, Kabinett beschleunigt Verkehrswende, Arbeitsmarktzugang für Geflüchtete**

Aber darum geht es ja nicht.  
Das können Sie ja.  
Das ist ja genau nur das,  
was eben bisher notwendig ist.  
Bisher muss eben so eine Abwägung angestellt werden  
und die Städte bemeinden wollen,  
dass eben einfach so können.  
Die Idee ist ja, dass das Städte sagen können sollen,  
wir wollen auf dem gesamten Stadtgebiet Tempo 30.  
Ich persönlich finde das wahrscheinlich  
sogar eine sehr gute Idee.  
Ich sehe nur, dass man da aus einer verfassungsrechtlichen Perspektive  
schon auch den Punkt machen kann zu sagen,  
na, das ist schon eine Einschränkung  
und das muss wenigstens eine Abwägung.  
Es muss wenigstens eine Abwägung  
und man muss das zumindest sich genau anschauen,  
wo das tatsächlich notwendig ist.  
Also wenn ich mir jetzt zum Beispiel mal so anschau,  
in Berlin gibt es ja auch Straßen,  
die, also ich war fast gesagt, autobahnartig ausgebaut sind.  
Also in der, in dem die Leipziger Straße  
in Berlin Mitte, falls jemand die kennt,  
hier im Saal, also da kann ich schon nachvollziehen,  
dass man sagt, da kann man auch 50 fahren.  
Also insofern, ich verstehe den Punkt,  
ich verstehe auch die Initiative der Städte.  
Ich wollte nur sagen,  
die FDP hat da jedenfalls auch rechtlich nicht,  
überhaupt jedenfalls auch irgendwie ein Punkt.  
Ich finde, aber es gibt noch eine andere Forderung,  
wo ich mir schwer vorstellen kann,  
wie man da abwägen sollte,  
der Städtetag, Landkreistag, Bundesrat und so,  
die fordern auch ein Leitbild  
von Nullverkehrstoten.  
Die nennen das Vision Zero  
in dieses Gesetz aufzunehmen.  
Das ist derzeit zumindest nicht geplant.  
Das heißt, da würde dann stehen,  
wir verfolgen das Ziel,  
keine Verkehrstoten mehr zu akzeptieren

**[Transcript] Lage der Nation - der Politik-Podcast aus Berlin / LdN353 Polen wählt Demokraten, steigende Spannungen steigt Israel, Verbot pro-palästinensischer Demos, Kabinett beschleunigt Verkehrswende, Arbeitsmarktzugang für Geflüchtete**

und da würde natürlich  
ein Tempolimit, glaube ich,  
das ist nachgewiesen, helfen.  
Aber da ist die FDP nicht dabei.  
Tja, sie argumentiert dabei weiter  
eben mit dem Verkehrsfluss,  
damit mittelbar mit den Grundrechten  
derjenigen am Steuer.  
Also man sieht, das ist ein klassischer Konflikt.  
Ich denke aber, was man schon sagen kann,  
es ist ein klassischer Kompromiss,  
nicht alles ist perfekt  
an dieser Einigung in der Koalition.  
Beispielsweise hat die FDP auch durchgesetzt,  
das habe ich in den Medien noch irgendwo gesehen,  
aber wir haben natürlich mal wieder das Gesetz gelesen,  
hat auch durchgesetzt  
in so einer ganz versteckten Stelle  
und natürlich gibt es auch keine Synopse.  
Sie hat also durchgesetzt,  
dass es schwerer wird,  
Anwohner parken und ähnliche Regelungen durchzusetzen.  
Da haben sie einfach an irgendeiner Stelle  
reingeschummelt in diesen Gesetzentwurf,  
dass man in Zukunft noch genauer begründen muss,  
warum in einer bestimmten Ecke  
ein Mangel an Parkplätzen besteht.  
Aber trotzdem, du sagst, das ist ein Kompromiss,  
an sich erweitert den Rahmen,  
den eine Verordnung dann hat und ausführen kann,  
doch erheblich.  
Und ich finde vor allen Dingen,  
dass dieser Kompromiss, so wie er jetzt durchs Kabinett gegangen ist,  
beispielhaft sein könnte  
und sollte für die Zusammenarbeit  
der Ampel.  
Da haben die sich zusammengesetzt, es war nicht so,  
dass sich alle sofort einig waren,  
dahin geht es immer um ein Tempolimit  
und trotzdem haben sie es geschafft,  
relativ unbemerkt von der Öffentlichkeit,  
aber auch nicht nur verhindert verschlossenen Türen,

**[Transcript] Lage der Nation - der Politik-Podcast aus Berlin / LdN353 Polen wählt Demokraten, steigende Spannungen steigt Israel, Verbot pro-palästinensischer Demos, Kabinett beschleunigt Verkehrswende, Arbeitsmarktzugang für Geflüchtete**

um es zu finden,  
hinter dem offensichtlich bisher alle stehen können.  
Und ich finde, das macht Hoffnung.  
Das würde ich auch so sehen.  
Man hat sich hinter den Kulissen geeinigt  
und nicht auf großer Bühne.  
Auf der anderen Seite, Philipp,  
wenn man nochmal so ein bisschen übernachtet denkt,  
da mussten die Kommunen schon massiv Druck machen.  
Nicht umsonst gibt es diesen Zusammenschluss,  
dieser inzwischen fast 1000 Kommunen,  
interessanterweise parteiübergreifend  
und auch mit vielen FDP-geführten Kommunen,  
die da gesagt haben,  
das ist ja so Bundesverkehrsminister,  
jetzt mal beweg dich mal.  
Wir kommen zu unserem abschließenden letzten Thema  
und da geht es nochmal,  
wie ich finde, auf eine ganz konstruktive  
und interessante Weise  
ein Thema heran,  
was natürlich gerade sehr präsent in den Medien ist.  
Es geht um die Probleme, die die Gemeinden haben,  
mit Geflüchtete, die gerade kommen  
und da hat ja die Ampel  
in der letzten Woche sich getroffen  
mit den Ministerpräsidenten der Linnah  
und auch mit den Führern der Oppositionsparteien  
und der haben jetzt nichts beschlossen,  
also nichts verabschiedet im engeren Sinne,  
sondern sie haben beschlossen einen Maßnahmenkatalog,  
was man denn jetzt tun könnte  
und sollte und wollte,  
um eben dieser Probleme,  
die die Gemeinden haben, herzuwerden.  
Und da stehen ein paar, so würde ich mal sagen,  
eher symbolische Sachen drin,  
die wir hier auch schon besprochen haben,  
wie Grenzkontrollen, die jetzt offensichtlich mehr stattfinden.  
Und es gibt auch oder soll mehr Abschiebungen geben,  
Abschiebungen sollen erleichtert werden.  
Das hatten wir alles in der Lage schon

**[Transcript] Lage der Nation - der Politik-Podcast aus Berlin / LdN353 Polen wählt Demokraten, steigende Spannungen steigt Israel, Verbot pro-palästinensischer Demos, Kabinett beschleunigt Verkehrswende, Arbeitsmarktzugang für Geflüchtete**

und das, was das Ganze wenig bringt,  
könnt ihr in den letzten Folgen nachhören.  
Aber, und deswegen  
nehmen wir das hier nochmal auf,  
dieser Pakt enthält  
auch durchaus progressives und sinnvolles.  
Nämlich Geflüchtete sollen leichter arbeiten können.  
Warum ist das sinnvoll?  
Tja, das ist deswegen sinnvoll.  
Wenn Geflüchtete leichter arbeiten können,  
dann können sie natürlich  
schneller aus solchen Erstaufnahmeeinrichtungen  
ausziehen, also aus den Flüchtlingscamps.  
Dann können sie sich selber versorgen,  
dann verdienen sie Geld  
und zahlen Sozialabgaben,  
statt Geld zu kosten.  
Und von der Integrationsfunktion von Arbeit gar nicht zu reden.  
Und zwar Integrationsfunktion ja in beide Richtungen.  
Zum einen lernen dann die Geflüchteten  
natürlich viel besser Deutsch,  
wenn sie mit angestammten deutschen  
Zusammenarbeiten.  
Und auf der anderen Seite ist es auch  
tausendfach nachgewiesen,  
dass Rassismus in der deutschen Mehrheitsbevölkerung  
durch nicht so gut zu bekämpfen ist,  
wie durch Kontakt mit Geflüchteten.  
Dann geht es aus dem Senegal,  
dann gehen einem rassistische Sprüche  
hoffentlich nicht mehr so leicht.  
Und das war ein Aspekt,  
den wir ...  
Das war ein Aspekt,  
den wir schon länger so ein bisschen  
auf den Zettel hatten  
und den wir jetzt mal so ein bisschen nachgegangen sind.  
Deutsche Firmen suchen  
händeringend Leute, und zwar nicht nur  
Akademiker und Akademikerin  
und irgendwelche Heizungsmonnteure aus Ghana,  
sondern ...

**[Transcript] Lage der Nation - der Politik-Podcast aus Berlin / LdN353 Polen wählt Demokraten, steigende Spannungen steigt Israel, Verbot pro-palästinensischer Demos, Kabinett beschleunigt Verkehrswende, Arbeitsmarktzugang für Geflüchtete**

Absolut mehrheitsfähig.

Ihr könnt euch vorstellen, Heizung baut da jeder.

Ja, vor allen Dingen hat jeder da eine Ausbildung, die dem deutschen Standard entspricht.

Absolut, mit dem Fistmann

Superzertifikat für Gasheizung.

Sondern die Firmen brauchen einfach alle Leute

und auch gerade Leute für einfache Arbeiten, die vielleicht keine Ausbildung haben oder keine Ausbildung haben, die man hier in Deutschland einfach anerkennt.

Und deswegen haben wir um das mal so ein bisschen plastisch uns selber zu machen und haben auch mal telefoniert mit der Firma Goldback, die hatten wir ja neulich schon mal, die bauen ...

Die bauen ja so serienweise Gebäude, Wohnungen in großen Maßstäben, 7 Milliarden Euro Umsatz und 12.000 Mitarbeiter.

Und wir haben gesprochen mit dem Werksleiter von Goldback in Hamm-Westfalen, Markus Groß.

Und die gießen dort eben diese Betonteile für diese ganzen Bauten, die die halt so seriell in die Welt setzen, in diesem Werk arbeiten 450 Leute mit 31 verschiedenen Nationalitäten.

Er sagt, rund 30 Prozent von denen hätten einen Migrationshintergrund. Was das denn mal konkret am einzelnen beheißen soll, lassen wir mal offen. Also er hat deutlich gemacht, da gibt es Menschen, die sind relativ frisch in Deutschland.

Es gibt aber auch welche, die sind zum Beispiel schon in Deutschland geboren, haben aber keine Ahnung, zum Beispiel den türkischen Migrationshintergrund. Da sind jetzt nicht alles Refugees im engeren Sinn. Und groß, der Werksleiter in Hamm sucht also dringend Leute.

Materialversorgung funktioniert mittlerweile wieder.

**[Transcript] Lage der Nation - der Politik-Podcast aus Berlin / LdN353 Polen wählt Demokraten, steigende Spannungen steigt Israel, Verbot pro-palästinensischer Demos, Kabinett beschleunigt Verkehrswende, Arbeitsmarktzugang für Geflüchtete**

Die Krise ist überstanden.

Jetzt ist Hauptsache, noch geeignetes Personal am Markt zu finden, die wir dann auch sinnvoll hier ansetzen können. Und wenn wir sie nicht haben und nicht finden,

bleiben Aufträge liegen. Ganz einfach.

Verzögern sich Auslieferungen.

Das hat dann für den Gesamtmarkt dann auch Konsequenzen, insgesamt.

Wirtschaftliche Konsequenzen.

Ja, und deswegen haben sie im Werk Hamm eben auch schon eine ganze Reihe von Geflüchteten eingestellt.

Und ich muss auch sagen, alle Flüchtlinge, die wir haben oder die wir hier haben, machen sehr, sehr guten Job. Das sind Arbeitswillig.

Aber bis Goldbeck Geflüchtete einstellen kann,

können halt Monate vergehen mit einer irren Bürokratie, wenn es denn am Ende überhaupt klappt.

Und das ist Frust für die Geflüchteten natürlich, aber eben auch Frust für Arbeitgeber.

Wie die Leute da im Werk Hamm, sagt der Personalchef beim Goldbeck Werk in Hamm, Marius Gruber.

Menschen sind oft Arbeitswillig und wollen auch tätig werden.

Und da haben natürlich dann auch ja, das ist Dilemma, das sind Arbeiten wollen, aber die arbeiten dürfen.

Und das kriegt man dann natürlich auch da manch ab und zu mal mit. Ich würde doch gerne, aber ich kann nicht.

Es ist keine schöne Situation, wenn man der Person, die Arbeitswillig ist, keinen Arbeitsplatz anbieten kann.

Und auf der anderen Seite sind wir als Unternehmen suchen die Hände ringend nach Mitarbeitern.

Das ist ein Dilemma.

So, und da kann man sich natürlich schon fragen,

**[Transcript] Lage der Nation - der Politik-Podcast aus Berlin / LdN353 Polen wählt Demokraten, steigende Spannungen steigt Israel, Verbot pro-palästinensischer Demos, Kabinett beschleunigt Verkehrswende, Arbeitsmarktzugang für Geflüchtete**

ob die Geflüchtete  
nicht nur zu finden, sondern  
die Lage zu versetzen war,  
um deutschen Unternehmen zu arbeiten.  
Wie ist da die Rechtslage?  
Wie ist also quasi die Theorie,  
wann und wie dürfen denn Geflüchtete  
in Deutschland eigentlich arbeiten?  
Das ist auch deswegen natürlich relevant,  
weil es ja natürlich aus, ich sage jetzt mal,  
ganz vorsichtig, Migrations-  
skeptischen Kreisen immer so diese  
Stereotyp gibt, die seien ja alles  
voller Socken und wollten gar nicht arbeiten.  
Die Menschen arbeiten dürfen, das hängt  
sehr von ihrem rechtlichen Status ab.  
Und wir folgen jetzt quasi mal so  
der Karriere eines geflüchteten  
Menschen, der in Deutschland ankommt,  
denn der durchläuft da so verschiedene  
rechtliche Stadienkammer.  
Genau, es gibt also im Kern  
drei rechtliche Situationen, in denen sich  
Menschen befinden können, die hier flüchten.  
Mit vielen Untergruppen, das ist im Detail  
alles super kompliziert.  
Deswegen ein kleiner Disclaimer für die  
Migrationsrechtlerinnen, die das jetzt hören.  
Wir machen das jetzt so die  
Bottom Line, so die großen Linien,  
damit man sinnvoll darüber reden kann,  
das maßgebliche Gesetz ist  
unfassbar kompliziert, auch für mich als  
Juristen ist es unfassbar schwer zu  
lesen und wie wir dann immer so hören,  
stolpern auch viele Menschen in Ausländerbehörden  
über die Komplexität des Gesetzes.  
Deswegen, wir brechen das jetzt für euch mal runter.  
Also, es gibt Asylbewerber  
und Bewerberinnen, die sind also  
im Asylverfahren.  
Die haben gesagt, ich hätte gerne Asyl,

**[Transcript] Lage der Nation - der Politik-Podcast aus Berlin / LdN353 Polen wählt Demokraten, steigende Spannungen steigt Israel, Verbot pro-palästinensischer Demos, Kabinett beschleunigt Verkehrswende, Arbeitsmarktzugang für Geflüchtete**

ich hätte gerne Asylbewerber  
in der Stadt prüft das.  
Nach dem Asylverfahren  
bekommen sie entweder Asyl  
oder irgendein andern Schutzstatus,  
es gibt verschiedene, aber sie sind  
sozusagen dann anerkannte Flüchtlinge  
oder sie bekommen eben  
kein Asyl oder irgendein andern Schutz,  
sind also abgelehnt,  
eigentlich ausreisepflichtig  
und dann bekommen  
diese Menschen normalerweise  
eine Duldung. Das sind so die drei  
und die davon hängt halt jeweils ab,  
wann und wie sie arbeiten dürfen.  
Fangen wir mal an mit der Situation,  
jemand kommt hierher, beantragt,  
Asyl ist also Asylbewerber,  
Bewerberin im Asylverfahren.  
Solange diese Menschen noch in einer  
Aufnahmeeinrichtung wohnen, dürfen sie  
zurzeit jedenfalls frühestens  
nach neun Monaten arbeiten.  
Das heißt also, die ersten neun Monate  
sind sie rechtlich verpflichtet,  
Däumchen zu drehen  
und Sozialleistungen in Anspruch zu sehen.  
Das heißt, sie haben eine  
Aufnahmeeinrichtung durchgemacht.  
Warum das so ist, kann man irgendwie nicht  
so richtig nachvollziehen, aber jedenfalls  
haben sie eine Sperre von neun Monaten.  
Wenn sie dann in eine Kommune  
zugewiesen worden sind, müssen sie  
weitere drei Monate warten,  
dann dürfen sie arbeiten.  
Jedenfalls im Prinzip, denn da gelten  
auch eine lange Liste von Ausnahmen.  
Denn wenn Leute herkommen, Asyl beantragen  
und sie kommen aus so genannten  
sicheren Herkunftsländern,

**[Transcript] Lage der Nation - der Politik-Podcast aus Berlin / LdN353 Polen wählt Demokraten, steigende Spannungen steigt Israel, Verbot pro-palästinensischer Demos, Kabinett beschleunigt Verkehrswende, Arbeitsmarktzugang für Geflüchtete**

sind Kosovo, Serbien, Albanien,  
Nordmazedonien, also der sogenannte  
Westbalkan, Ghana und Senegal  
und bald auch Georgien und Moldau,  
das ist eine kleine Minderheit.  
Das ist eine kleine Minderheit, aber es ist  
natürlich trotzdem problematisch,  
diese Menschen sitzen dann jahrelang  
in Deutschland, aber dürfen nicht arbeiten,  
kosten also viele Millionen Euro  
Sozialleistung, denn in aller Regel  
können die ja trotzdem nicht ausreißen.  
Und deswegen ist diese Diskussion um die  
sicheren Herkunftsländer auch so dramatisch.  
Das ist so getan, als wenn das jetzt irgendwie  
ein Mittel wäre, um illegale  
oder irreguläre oder wie man das dann so schön  
nennt, Migration irgendwie  
auszubremsen, aber in Wirklichkeit hat  
das jedenfalls für Jahre,  
die Gruffolge, dass diese  
Menschen viel teurer werden  
für den deutschen Staat, als sie sein müssten.  
Also das kommen die Leute hierher,  
nach einem Asylantrag,  
kommen sie aus diesen sicheren Herkunftsländern,  
dürfen sie gar nicht arbeiten, der große Rest  
sind Leute aus Afghanistan, Syrien,  
Syrien, Irak, aber im Prinzip so.  
Die müssen halt diese Fristen abwarten,  
dann ist es aber immer noch nicht so,  
dass sie einfach arbeiten dürfen.  
Die müssen sich erstens einen  
sechseitigen, ziemlich komplizierten  
auf Deutsch, Behörden Deutsch verfassten  
Antrag von der Bundesagentur für Arbeit  
herunterladen, ausfüllen.  
Zunächst mal müssen sie einen Job finden.  
Das ist allererste.  
Und dann laden sich diesen Antrag runter,  
müssen ihn ausfüllen. Dann muss der potenzielle  
Arbeitgeber diesen Antrag auch

**[Transcript] Lage der Nation - der Politik-Podcast aus Berlin / LdN353 Polen wählt Demokraten, steigende Spannungen steigt Israel, Verbot pro-palästinensischer Demos, Kabinett beschleunigt Verkehrswende, Arbeitsmarktzugang für Geflüchtete**

ausfüllen.

Dann muss die Bundesanstalt für Arbeit diesen Antrag prüfen.

Etwa wird der Mindestlohn gezahlt.

Ja, nein.

Dann schickt die Bundesanstalt für Arbeit diesen Antrag an die zuständige Ausländerbehörde.

Auch die Ausländerbehörde muss prüfen und hat dabei ziemlich großen Ermessensspielraum, ob sie dem jetzt ein Okay gibt oder nicht.

Falls beide Behörden zustimmen, erhält diese Person eine Arbeitserlaubnis und ein Job.

Wenn er oder sie den Job wechselt, geht das alles von vorne los.

Ihr könnt euch vorstellen, dieses Verfahren dauert natürlich Monat.

Erst gibt es diese Warte, fristen neun Monate, drei Monate.

Dann muss man sich einen Job suchen.

Dann hat man den Job, dann geht man durch dieses Verfahren, das wiederum wochen dauert.

Da hat uns ein anderer Arbeitgeber, nicht Goldbeck im Hintergrund, der wollte sich nicht öffentlich äußern, damit er nicht noch mehr Stress hat.

Das Riesenproblem ist,

ich habe jetzt ein Job,

ich brauche natürlich jetzt eine Person.

Wenn ich jetzt eine geflüchtete Person finde, dann weiß ich ja nicht, wann die bei mir anfangen kann.

Ob die überhaupt jemals bei mir anfangen?

Wenn es gut geht, dann halt erst nach drei Monaten.

Dieser Behördenfu

ist einfach ein enormes Beschäftigungshindernis.

Also mit anderen Worten,

die man nicht mehr merken kann,

im Grundsatz dürfen Menschen im Asylverfahren irgendwann arbeiten,

aber in der Praxis ist es total schwierig.

**[Transcript] Lage der Nation - der Politik-Podcast aus Berlin / LdN353 Polen wählt Demokraten, steigende Spannungen steigt Israel, Verbot pro-palästinensischer Demos, Kabinett beschleunigt Verkehrswende, Arbeitsmarktzugang für Geflüchtete**

Wenn die Menschen im Asylverfahren durchlaufen,  
haben Asyl bekommen  
oder einen anderen Schutzstatus,  
gibt es ein paar mehr,  
dann wiederum heißt es Go.  
Dann können sie arbeiten ohne Beschränkungen,  
sie können als Angestellte arbeiten,  
sie können sich selbstständig machen.  
Aber auch das ist erstmal Theorie.  
Denn wenn der Bescheid  
vom Bundesamt für Migration und Flüchtlinge kommt,  
dass ein Mensch Schutz bekommt,  
also Antrag berechtigt,  
dann muss diese Person mit dem Bescheid vom BAMF  
zur Ausländerbehörde dackeln  
und dort ein Aufenthaltserlaubnis beantragen.  
Und das dauert halt noch mal ein paar Monate.  
Und erst dann wird nach dieser Wartezeit  
irgendwann mal eine Arbeitsaufnahme  
halbwegs entspannt.  
Ja gut, aber man muss sagen,  
wer in Deutschland Asyl bekommt,  
hat die besten Aussichten hier arbeiten zu können,  
von allen, die wir hier besprechen.  
Und dann gibt es den großen und interessanten Teil  
derjenigen,  
die das Asylverfahren durchlaufen,  
aber abgelehnt werden.  
Und das sind durchaus einige Menschen,  
also in den ersten Monaten,  
im 2023 waren das so rund 50%  
derjenigen, die hier nach Deutschland geflüchtet sind.  
Ja, 52% Anerkennungsquote,  
also 52% Rutschen des Töpfchen,  
das wir gerade besprochen haben.  
Die anderen 48 haben keinen Schutzstatus bekommen.  
Die müssten also eigentlich ausreißen.  
Aber typischerweise sprechen  
angesichts der Herkunftsländer  
X Gründe dagegen.  
Zum Beispiel, dass sie in ihrer Heimat doch  
nicht menschenwürdig behandelt werden,

**[Transcript] Lage der Nation - der Politik-Podcast aus Berlin / LdN353 Polen wählt Demokraten, steigende Spannungen steigt Israel, Verbot pro-palästinensischer Demos, Kabinett beschleunigt Verkehrswende, Arbeitsmarktzugang für Geflüchtete**

dass sie eine Krankheit haben,  
die da nicht behandelt werden kann.  
So gibt es 1000 Gründe.  
Deswegen kriegen die meisten von diesen abgelehnten Personen  
trotzdem eine sogenannte Duldung,  
was auf Deutsch bedeutet.  
Eigentlich sind sie ausreisepflichtig,  
aber sie werden trotzdem nicht abgeschoben,  
weil man eben ihre Menschenrechte trotzdem achten muss.  
Das sind so 220.000 Leute  
aktuell in Deutschland.  
Und für die, also sind abgelehnt worden, geduldet,  
gilt im Prinzip dasselbe  
wie weiter wie immer Asylverfahren.  
Es gibt die Ausnahme  
für die Leute aus den sicheren Herkunftsländern.  
Die dürfen gar nicht arbeiten.  
Und sie brauchen halt,  
dass jeweils das okay von der Bundesagentur  
für Arbeit und von der Ausländerbehörde.  
Schon schwierig genug.  
Aber und das ist das Besondere  
für die Leute, die geduldet sind.  
Sie müssen dabei mitwirken,  
ihre Abschiebung  
oder ihre Ausreise  
zu ermöglichen,  
um eine Arbeitserlaubnis zu bekommen.  
Das heißt,  
wenn ihr hier arbeiten wollt,  
dann müsst ihr erst mal dafür sorgen,  
dass alle Voraussetzungen gegeben sind,  
damit wir euch abschieben können.  
Das ist die Logik.  
Das heißt, in aller Regel,  
die Leute müssen sich einen Ausweis besorgen.  
Und je nach Herkunftsland gibt es dann  
noch bestimmte andere Papiere,  
die man von denen verlangt.  
Also zum Beispiel eine Geburtsurkunde  
des Herkunftslandes und so.  
Da gibt es schon alle möglichen Hebel,

**[Transcript] Lage der Nation - der Politik-Podcast aus Berlin / LdN353 Polen wählt Demokraten, steigende Spannungen steigt Israel, Verbot pro-palästinensischer Demos, Kabinett beschleunigt Verkehrswende, Arbeitsmarktzugang für Geflüchtete**

die die Behörde da in Bewegung setzen kann.  
Man kann es nicht so vorstellen,  
die kann also die Person so Stöckchen hinhalten,  
über die die Person dann hüpfen muss.  
Und wenn die Person das nicht alles macht,  
dann kann die Ausländerbehörde sagen,  
ja sorry, du wirkst ja nicht genug mit  
in deiner eigenen Abschiebung,  
dann kriegst du auch keine Arbeitserlaubnis.  
Und das ist halt dieser große Ermessensspielraum,  
die die Ausländerbehörde hat.  
Wirkt der Mensch mit, ja oder nein,  
dafür gibt es kein hartes Kriterium,  
sondern da sagt die so, ah,  
was es bedeutet, diese Regelung,  
dieser Ermessensspielraum der Ausländerbehörden,  
das hat uns die Rechtsanwältin Bettina Fikes geschildert,  
die ist Fachanwältin für Migrationsrecht.  
Ein Ausländer kommt und sagt,  
ich kann jetzt bei dem Gartenbaubetrieb  
als Helfer arbeiten.  
Der kommt dann meines Beispiels  
aus Ghana und hat keinen Pass.  
Und der ist ein abgelehnter Asylbewerber,  
das heißt der ist eigentlich vollziehbar  
ausreisepflichtig, man kann ihn aber nicht abschieben,  
weil er keinen Pass hat  
und das ist auch nicht so einfach, einen zu besorgen.  
Und dann sagt die Ausländerbehörde,  
ja, arbeiten kannst du schon, aber erst musst du gucken,  
dass du uns nachweist,  
dass du dich um den Pass bemüßt.  
Und so agiert die Ausländerbehörde.  
Und das kann sich dann natürlich Monate oder Jahre hinziehen,  
bis der dann den Pass vorlegt,  
dass er dann arbeiten darf.  
Also die Ausländerbehörde fragt jetzt nicht danach,  
kann der jetzt erstmal seinen Lebensunterhalt selber verdienen,  
wird er gebraucht von dem Arbeitgeber,  
sondern die sagt,  
arbeiten kannst du erst, wenn du einen Pass vorlegst.  
Und das hat eine ganze Menge zu tun

**[Transcript] Lage der Nation - der Politik-Podcast aus Berlin / LdN353 Polen wählt Demokraten, steigende Spannungen steigt Israel, Verbot pro-palästinensischer Demos, Kabinett beschleunigt Verkehrswende, Arbeitsmarktzugang für Geflüchtete**

quasi mit dem Spirit in diesen Ausländerbehörden,  
ja, mit den Aufgaben, die diese Behörden haben.  
Und deswegen argumentiert Rechtsanwältin Fikes,  
wenn man wolle,  
dass auch geduldete Menschen  
in der Praxis,  
nicht nur theoretisch, sondern in der Praxis  
wirklich leichter arbeiten können,  
dann dürfe für diese Frage nicht  
die Ausländerbehörde zuständig sein.  
Die Ausländerbehörden sind Abwehrbehörden,  
das sind keine Integrationsbehörden,  
die haben natürlich theoretisch den Auftrag  
zu beraten  
und eine Dienstleistung zu erbringen  
gegenüber den Ausländern, das sind ja eigentlich ihre Kunden.  
Aber so verstehen die sich nicht,  
die verstehen sich als Abwehrbehörden  
und wenn es gar nicht anders geht  
oder wenn ihnen die Nase gefällt, dann dürfen sie arbeiten,  
also im Duldungsbereich,  
weil da haben sie ja diesen Spielraum.  
Richtig. Und sie fordert halt,  
wenn Leute herkommen, fragt sofort deren Kompetenzen ab,  
findet raus, was die können, was die nicht können  
und weg mit  
diesem ganzen Prozess  
in den Behörden, der diese Arbeitsmarktintegration  
so wahnsinnig erschwert.  
Und dann habe ich sie gefragt, okay,  
aber ich habe schon die Union in den Ohren,  
die dann sagt, ja,  
aber wenn wir das so machen, wenn das so einfach wird  
in Deutschland zu arbeiten,  
selbst ohne Ausbildung und Studium  
für Geflüchtete, ja,  
erstens kommen dann noch mehr Geflüchtete  
und zweitens  
wird dann doch der offizielle Weg  
nach Deutschland einzuwandern,  
um zu arbeiten, diese offizielle  
Arbeitsmigration mit einem Visum,

**[Transcript] Lage der Nation - der Politik-Podcast aus Berlin / LdN353 Polen wählt Demokraten, steigende Spannungen steigt Israel, Verbot pro-palästinensischer Demos, Kabinett beschleunigt Verkehrswende, Arbeitsmarktzugang für Geflüchtete**

das ich mir besorge, der wird doch dann total unattraktiv.  
Dann machen sich die Leute doch alle als Flüchtlinge auf den Weg, sparen sich das Visum, weil das ja hier so einfach ist, zu arbeiten. Weil das ja so viel Spaß macht, übers Mittelmeer zu paddeln. Aber gut, die Sorge ist so ein bisschen, dass man da eben dann wieder von Pull-Faktoren reden würde am Ende, ob es die gibt, hatten wir schon mehrfach, ist so jedenfalls empirisch nicht nachweisbar. Aber Bettina Feigs entgegnet dieser Sorge, die wir jetzt mal antizipiert haben, das hat jetzt nicht die Union uns geschrieben, das war Philipps Idee, aber jetzt hier eröffnet. Ja, jedenfalls entgegnet, dem Bettina Feigs, die Rechtsanwälte, deswegen müssten wir die Hürden für die regellehre Arbeitseinwanderung mit Visum senken. Außer Frage steht ja, dass wir die Leute eigentlich brauchen und wir brauchen sie nicht nur im Fachkräftebereich, sondern wir brauchen sie auch im normalen Arbeitnehmerbereich, also auch Hilfsarbeiten. Die Deutsche arbeitet mehr auf den Wertstand hoch, muss man einfach so sehen. Das heißt, die Leute müssten eigentlich vielmehr die Gelegenheit haben, aus den Heimatländern auch für diese Tätigkeit ein Visum zu beantragen. Das gibt es aber praktisch nicht. Die ganze Fachkräftezuwanderung, also die ganze Wanderung aus dem Ausland, ist darauf ausgerichtet, dass wir nur die Guten haben wollen, die mit den Zeugnissen, die mit den tollen Ausbildungen, die sollen dann auch noch vergleichbar sein mit dem, was wir hier haben, was natürlich illusorisch ist, die Ausbildung sind natürlich ganz anders

**[Transcript] Lage der Nation - der Politik-Podcast aus Berlin / LdN353 Polen wählt Demokraten, steigende Spannungen steigt Israel, Verbot pro-palästinensischer Demos, Kabinett beschleunigt Verkehrswende, Arbeitsmarktzugang für Geflüchtete**

und die Kompetenz der Leute kann aber trotzdem sehr hoch sein.  
Für Leute, die in Deutschland arbeiten wollen, gilt momentan, ihr seid entweder Akademiker, Akademikerin oder ihr habt irgendeine Ausbildung, die wir hier anerkennen können, aber diese ganzen Leute, die halt so eine Ausbildung nicht haben, sondern die einfach nur in der Lage sind, irgendwie Performmodule aufs Dach zu schrauben oder eben Betonwände zu gießen, die werden die Händeringen gesucht, haben auf dem bisherigen Weg aber kaum eine Chance eigentlich speziell regulär nach Deutschland einzuwandern, um hier zu arbeiten, Ampel ist dann ein bisschen dran, aber sie fordert halt wirklich runter mit den Hürden, dann kommen diese Leute auch über den offiziellen Weg und flüchten halt nicht, um hier zu arbeiten. Und ich würde mal denken mal ganz ehrlich, wenn es denn tatsächlich darum geht, diesen Mythos vom Pulfaktor hier irgendwie aus dem Spiel zu nehmen, dann könnte man ja auch mit einer sogenannten Stichtagsregelung arbeiten. Dann könnte man ja einfach sagen, das gilt jetzt nicht für Leute, die sich jetzt erst auf den Weg machen, sondern das gilt eben für alle, die bis zum 2023 deutschen Boden betreten haben, für die erleichtern wir das, aber eben nicht für die, die später kommen, dann kann auch, denke logisch, kein Pulfaktor entstehen und generell würde ich mal denken, muss man einfach der Situation Rechnung tragen, dass die Ausländerbehörden sich so verstehen, wie das Frau Feig sagt, das haben wir natürlich auch noch mit anderen Praktikerinnen, die in diesem Feld besprochen, also das ist jetzt nicht ihre Privatmeinung, sie hat uns das nur so auf den Punkt nochmal gesagt, da muss man die Ausländerbehörden aus dem Spiel nehmen und wir haben uns überlegt, warum

**[Transcript] Lage der Nation - der Politik-Podcast aus Berlin / LdN353 Polen wählt Demokraten, steigende Spannungen steigt Israel, Verbot pro-palästinensischer Demos, Kabinett beschleunigt Verkehrswende, Arbeitsmarktzugang für Geflüchtete**

dreht man nicht das Regel Ausnahmeverhältnis um, also in dieser Stelle ist es ja so, rechtlich können ganz viele Menschen, das haben wir ja versucht zu schildern, im Prinzip schon arbeiten, aber sie brauchen halt immer so eine Arbeitserlaubnis, wir haben uns gefahrt, warum dreht man das nicht einfach um und sagt, der Arbeitgeber muss der Ausländerbehörde die Beschäftigung einer ausländischen Person melden, den Arbeitsvertrag meinen wegen noch mitschicken und das hat die Ausländerbehörde ja immer noch die Möglichkeit dieser Arbeitsaufnahme zu untersagen, das wäre dann wiederum die Ultima Ratio oder viel cooler, Auflagen zu erteilen, wenn sie zum Beispiel findet, man teilt nach Rücksprache mit der Bundesagentur für Arbeit, das ist aber ein bisschen niedrig dieses Gehalt, das ihr da zahlt, da könnte die Behörde ja die Auflage machen zu sagen, also entweder ihr hebt das Gehalt an auf 12,50 Euro die Stunde oder diese Arbeitsbeschäftigung ist nicht mehr zulässig, aber jedenfalls nicht erst bei default Monate warten, sondern bei default loslegen. Loslegen und dann im Nachhinein prüfen, dann kommt da was nicht, aber die Typen können erst mal loslegen, die Leute können erst mal arbeiten, die Arbeitgeber haben schnell ihre Leute mit denen sie loslegen können und so wird dann halt auch ein Schuh draus, das könnte man jetzt zumindest testweise mal machen mit einem Stichtag, alle die eingewandert sind ab, für die gilt das, da machen wir das jetzt mal so. Anzeigepflicht statt Antrag. Und dann kann es einfach losgehen, das wäre so eine Sache und das führt auch so ein bisschen das ist uns alte, wir haben ja hier wie

**[Transcript] Lage der Nation - der Politik-Podcast aus Berlin / LdN353 Polen wählt Demokraten, steigende Spannungen steigt Israel, Verbot pro-palästinensischer Demos, Kabinett beschleunigt Verkehrswende, Arbeitsmarktzugang für Geflüchtete**

gestern und heute haben wir aufgestanden und diskutieren, wir haben so ein bisschen gestritten darüber, wie machen wir so und da ist halt so ein bisschen auch klar geworden, das was jetzt auch die Grünen fordern und in die Richtung, in die die Ampel so ein bisschen geht, diese Fristen zu verkürzen, also die Leute dürfen heute nach neun Monaten oder drei Monaten arbeiten, das soll dann kürzer werden, sechs Monate oder zwei Monate, je nachdem was sie sich da ausdenken. Uns scheint das nicht der zentrale Punkt zu sein und das sagen uns auch diese ganzen Migrationsleute, mit denen wir da geredet haben, das ist natürlich nice, wenn die nicht so lange warten müssen, aber der entscheidende Punkt ist diese Behörden Praxis die da nachkommt und wenn wir die abkürzen könnten, wenn wir die vielleicht rausschmeißen könnten oder so verlagern können, dass sie es erstmal losgehen kann und sie im Bedarfsfall einschreiten können, ich glaube dann wären wir in großen Schritt weiter und das würde mich wirklich mal interessieren, auch aus dem politischen Raum, wenn da sich Leute melden haben, haben wir auch schon überlegt, ist totaler Quatsch oder so, da hatten wir jetzt nicht die Zeit, da mal nachzufragen, aber wir haben ein paar Juristen und Juristinnen gesprochen und uns erscheint das irgendwie plausibel. Eine Sache noch, die wir nicht vergessen soll, wir haben natürlich auch geguckt, okay oder versucht rauszufinden, wie viele Leute sind denn das von den Geduldeten, von den Geduldeten, die jetzt arbeiten. Wir haben hier 220 Tausend Leute, die geduldet sind. Wie viel von denen arbeiten denn jetzt? Dann haben wir bei der Bundesagentur Verarbeit angerufen oder eine Mehrgeschichte oder eine Mehrgeschichte.

**[Transcript] Lage der Nation - der Politik-Podcast aus Berlin / LdN353 Polen wählt Demokraten, steigende Spannungen steigt Israel, Verbot pro-palästinensischer Demos, Kabinett beschleunigt Verkehrswende, Arbeitsmarktzugang für Geflüchtete**

Ja, ich sitze am Notebook. Okay, dann schicke ich Ihnen mal die Excel-Tabelle.

Und die ist nämlich, die hat 24 Reiter unten und hat irgendwie, ich weiß nicht, wie viele Zahlen. Und am Telefon hat er mich da durchgelost, dann öffnen Sie die jetzt und dann gehen Sie mal da unten auf den Reiter und dann scrollen Sie ganz runter und da unten sehen Sie ein Wort, das heißt Duldung. Und dann habe ich gesagt, ja seh ich.

Und dann sehen Sie da neben eine Zahl rechts, ja seh ich. Was sehen Sie denn?

Ich sehe 20.241

240. Sehen Sie.

Und das ist die Mindestzahl der Geduldeten, die Arbeit. Ich sage, okay 20.000 von 220.000,

das ist aber nicht viel. Ich sage, ja, das Ding hat auch einen gigantischen Haken. Sehen Sie die Zahl darunter?

Ich sage, ja, da steht 512.000.

Ich sage, was ist denn das?

Ja, das sind die Leute, von denen wir nicht wissen, ob sie geduldet sind und was sie machen. Also das ist sozusagen

ein Riesenpulg

von Leuten. Wir haben 2,6

Millionen Leute aus Drittstaaten,

die in Deutschland irgendwie nach

Arbeit nachgehen. Ja, das sind Leute mit

Arbeitsmigration, Visum und so weiter. Und diese Geduldeten sind halt ein Punkt davon.

Und von diesen 2,6 Millionen Leuten gibt es

über 500.000, von denen wir nicht

wissen, in was für einen rechtlichen

Status sind die da? Ja, also das muss man

sehen, so viel zum Thema Register

Modernisierung. Also es gibt schon noch

ein paar Gründe, weswegen man vielleicht

in Deutschland mal an der IT stricken sollte.

Aber das ist für Lagehörerinnen ja keine

Frage. Aber vielleicht noch so einen

**[Transcript] Lage der Nation - der Politik-Podcast aus Berlin / LdN353 Polen wählt Demokraten, steigende Spannungen steigt Israel, Verbot pro-palästinensischer Demos, Kabinett beschleunigt Verkehrswende, Arbeitsmarktzugang für Geflüchtete**

Satz zum Schluss dieses Blogs. Also ich glaube, man kann diese mega bürokratischen Regelungen, insbesondere auch die Mitwirkung der Bundesagentur für Arbeit an der Frage, ob eine gefücherte Person Arbeit hat, kann man nur verstehen vor dem Hintergrund der völlig veränderten Arbeitsmarktlage. Heute haben wir Fachkräftemangel, ja, aber vor allem Arbeitskräftemangel. Wie gesagt, Leute, die Eisen-Gitter biegen, um da irgendwie Beton gießen zu können. Das heißt dann Eisen-Flechter. Ja, das ist was für Leute mit richtig Kraft in den Armen. Machen sie nicht mit den Händen. Na gut, aber ich das verstanden habe, ist das schon? Okay, ich sehe das schon, du hast da intimere Kenntnisse. Jedenfalls sind eben auch Leute reihenweise gesucht, die jetzt kein Studium mitbringen. Aber diese Regeln, die stammen noch aus der Zeit, als wir irgendwie mehrere Millionen Arbeitslose hatten im Lande und nicht so richtig wussten, wie wir die Menschen beschäftigen. Heute sind aber eben die Menschen völlig andere. Nur die Rechtsordnung hat sich nicht geändert und deswegen glaube ich, da jetzt einen kleineren Schrauben zu drehen, das funktioniert einfach nicht. Das dauert viel zu lange, da hilft nur die grundsätzliche Lösung. Und damit ist die Lage für diese Woche abschließend ausführlich erörtert, wie ihr das nicht anders kennt und gewohnt seid. Wir danken euch für euer Interesse, für eure Geduld und dass ihr alle hier im Saal seid. In Frankfurt. Danke, dass ihr gekommen seid. Danke. Das war es doch noch lange nicht.

**[Transcript] Lage der Nation - der Politik-Podcast aus Berlin / LdN353 Polen wählt Demokraten, steigende Spannungen steigt Israel, Verbot pro-palästinensischer Demos, Kabinett beschleunigt Verkehrswende, Arbeitsmarktzugang für Geflüchtete**

Das war es doch noch lange nicht.